

Haushaltsreden der Fraktionen 2014

Nachfolgend sind die Haushaltsreden der Fraktionen im Wortlaut wiedergegeben:

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2014 der Stadt Korntal-Münchingen

Haushaltsberatungen bedeuten in Korntal-Münchingen immer einen größeren Zeitaufwand, da in der Vergangenheit nur mit Ausnahme vom Haushaltsplan für 2008 immer etwa 55 Anträge der Fraktionen zu bearbeiten waren. Das Zeitfenster der Beratungen war dieses Jahr zwar eng gesetzt, aber gerade noch auskömmlich, so dass die Verabschiedung des Haushalts doch um rund 2 Wochen früher als sonst durchgeführt werden kann. Bemühungen den Haushalt früher, also vor Weihnachten, zu beraten und zu beschließen, scheinen uns angesichts der vielen in diesem Jahr schon zur 1. Lesung eingebrachten Veränderungen seitens der Verwaltung als ein weit entferntes Ziel. Unverständlich ist für uns, dass sich innerhalb von knapp 4 Wochen von der Einbringung bis zur ersten Lesung noch soviel Grundlegendes ändern kann.

Die Abfrage zu den zu beantragenden Mitteln für das nächste Haushaltsjahr wird ja immer zu Anfang des dritten Quartals abgeschlossen, damit der Vorentwurf erstellt werden kann und die Beratungen innerhalb der Verwaltungsspitze beginnen können. Da in Zukunft der Spielraum unseres Haushaltes kleiner wird, sollten wir über Ausschlussfristen, die zu einer Änderung des Haushaltes führen, nachdenken. Änderungen sollten nach Drucklegung des Haushaltes erst bei der zweiten Lesung möglich sein wie dies bei den Anträgen der Fraktionen ja in der Regel heute schon der Fall ist. Ob das Ergebnis dieses Vorschlages erfolgversprechend sein wird, sind wir gerne bereit im Herbst bei der geplanten Gemeinderatsklausur zu diskutieren. Sparen ist im Hinblick auf die **mittelfristige Finanzplanung** deutlich angesagt. Wie mühsam dieses Sparen aber vonstatten gehen kann, finden wir im Ergebnis der zweiten Änderung im Haushaltsplan-Entwurf wieder. Lediglich um 147.000 € konnte das Volumen des **Verwaltungshaushaltes** gesenkt werden. Das ist etwas mehr als durch die Globalen Minderausgaben für Personal- und Sachaufwendungen eingespart werden soll. Die Einsparungen wurden durch die Erhöhung der Ansätze

von Pflichtaufgaben, wie die der Haushaltsstelle Wahlen und daraus resultierend einer Steigerung der Portogebühren anlässlich von Europa- und Kommunalwahl und verschiedener Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen, sowie der Erhöhung der Ansätze von Freiwilligkeitsleistungen, wie Erhöhung des Zuschusses an die VHS, die Reparatur des Backofens im Backhaus in Münchingen und ein höherer Finanzbedarf beim Buskonzept Strohgäu, größtenteils wieder aufgebraucht.

Im **Vermögenshaushalt** hat nur die erneute Verschiebung der Sanierungsmaßnahmen des Gymnasiums für eine Verminderung der Ausgaben geführt. Der Anbau an die Obdachlosenunterkunft und die Planung der Generalsanierung der Stadthalle Korntal werden dagegen die eingesparten Mittel zur Hälfte wieder auffressen. Das Volumen des Vermögenshaushaltes konnte somit um runde 2 Millionen € gesenkt werden.

Der rekordverdächtige **Rücklagenbestand** von knapp 12,5 Millionen € Ende letzten Jahres wird durch die geplante Entnahme von 7,5 Millionen € auf 5 Millionen € zurück gehen. Durch diese Erhöhung der Rücklagenentnahme wird die Aufnahme von neuen Schulden um 3 Millionen € gesenkt, so dass der Schuldenstand pro Einwohner dann bei ca. 520 € liegt. Zum Vergleich im abgerechneten Haushaltsjahr 2012 lag die Prokopfverschuldung gerade mal bei 238 €.

In der **mittelfristigen Finanzplanung** bis 2017 wird mit einer weiteren Zunahme des Schuldenstandes gerechnet und zwar auf 15,8 Millionen € - was einer Prokopfverschuldung von ca. 850 € entsprechen würde. Dieser Wert liegt deutlich über den in den letzten beiden Jahren prognostizierten Zahlen von 10,5 Millionen €. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Zum einen macht uns das Thema **Brandschutz** erheblich zu schaffen. Allein beim Gymnasium, dessen Sanierung 2,6 Millionen teurer wird als noch letztes Jahr prognostiziert, geht der überwiegende Teil der Mehrausgaben auf das Konto des Brandschutzes. Aber auch **Kostensteigerungen** bei den Ausführungen von Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Folge von höherem Standard wie z. B. bei der energetischen Sanierung haben Ihren Preis. Gerade bei der energetischen Sanierung ist der Grat, ob ein höherer Standard noch wirtschaftlich ist oder nicht, sehr schmal. Angebote aus dem KfW-Programm sind sehr verlockend, da sie fast zinsfrei sind. Wenn aber die prognostizierten jährlichen Energiepreissteigerungen nicht eintreffen, wird die Amortisationszeit erheblich verlängert. Und das nicht nur um ein, zwei oder drei Jahre, sondern schon um zehn, fünfzehn oder sogar zwanzig Jahre, was dann zu einer Amortisationszeit von bis zu

50 Jahren führen kann. Es ist heute sicher müßig über die Energiepreisentwicklung der nächsten 10 oder 20 Jahre zu diskutieren, die kann mit Sicherheit niemand vorhersehen. Über die mögliche Standzeit, die ein Gebäude ohne Eingriff in die Bausubstanz überstehen soll, muss allerdings in Zukunft nachgedacht werden. Der in der mittelfristigen Finanzplanung angenommene Anstieg der **Personalkosten**, fast ausschließlich hervorgerufen durch den Rechtsanspruch bei der Kleinkinderbetreuung, trägt sicherlich auch zur Einschränkung unseres finanziellen Spielraumes bei. Wobei noch nicht klar ist, ob überhaupt genügend Personal auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Der Personalkostenanstieg war aber auch für den diesjährigen Haushalt Thema bei den Beratungen. Grundsätzlich muss man auch beim Personal in die Kategorien erforderlich und wünschenswert einteilen. Erforderlich ist unbestritten das Personal für die Kinderbetreuung, da hier gesetzliche Vorgaben vorhanden sind, an die man sich zu halten hat. In die Kategorie wünschenswert gehört für unsere Fraktion die Stelle einer Kindergartenfachberatung. Dass diese Stelle in anderen Orten Standard ist, stellen wir nicht in Frage. Wenn eine solche Stelle eingerichtet werden soll, sollte zumindest das Personal voll hinter dieser Stelle stehen und ein gewisses Defizit von außen erkennbar sein. Dies ist aber beides nicht gegeben. Das Personal steht sehr verhalten einer solchen Stelle gegenüber, weil diese Stelle zumindest für die Leitungskräfte der Kindergärten einen höheren Zeit- und Bürokratieaufwand mit sich bringt. Insgesamt ist die qualitative Arbeit unserer Kinderbetreuungseinrichtungen sehr gut. Dies ist selbstverständlich auch ein großer Verdienst unseres Herrn Henschke, der diesem Ressort seit Jahren zu unserer vollsten Zufriedenheit vorsteht.

Die meisten von der Verwaltung beantragten **Stellenanhebungen** sind unseres Erachtens der momentanen Situation geschuldet. Eine Langfristigkeit sehen wir sowohl im Bereich des Ordnungsamtes als auch bei den Schulsekretariaten nicht. Dass gerade bei den Schulsekretariaten sich etwas ändern kann, sowohl ein Mehr als auch ein Weniger an Stellen ist angesichts des Wandels im Bildungsbereich mehr als wahrscheinlich. Eine Anpassung an den wirklichen Bedarf funktioniert nur, wenn ein turnusmäßiges Abfragen über die tatsächliche Belastung des Personals stattfindet.

Die **Schulen** werden uns in nächster Zeit nicht nur im Sanierungsbereich, sondern vor allem im organisatorischen Bereich stark beschäftigen. Es werden auf die Frage „wie sieht unsere Schullandschaft in wenigen Jahren aus“ Antworten gefunden

werden müssen. Zwei große Baustellen tun sich uns da auf. Zum einen ist es die Frage wie geht es mit der in der Flattichschule zusammengefassten Werkrealschule weiter. Der Schultyp Werkrealschule konnte sich nach seiner Sturzgeburt vor drei Jahren nicht etablieren. Obwohl gerade die Schulabgänger von der Münchinger Werkrealschule sehr gute Berufsaussichten haben. Jeder Schulabgänger hat einen Ausbildungsplatz, so unsere Rückmeldung. Der Wegfall der verpflichtenden Grundschulempfehlung durch die Landesregierung hat nun zur Auswirkung, dass die Anmeldezahlen erheblich zurück gegangen sind. Noch ist eine einzügige Werkrealschule möglich, aber es bleibt zu befürchten, dass in wenigen Jahren die Schülerzahlen auf eine nicht mehr tolerierbare Anzahl abgesunken sein wird. Schon heute erfährt die Werkrealschule keine zusätzliche Förderung mehr, da sie aus ideologischen Gründen von der Landesregierung abgeschrieben ist. Es wird in den nächsten Monaten nach Lösungen gesucht werden müssen, wie eine zukunftsfähige Flattichschule aussehen kann. Dies ist um so wichtiger, da der derzeitige Mensabetrieb nur eine Übergangslösung darstellt. Ein geplanter Mensaneubau ist aber nur mit einer zukunftsfähigen Schule zu rechtfertigen. Unser Problem in Korntal-Münchingen ist, dass wir drei größere Schulstandorte haben, Gymnasium, Realschule mit unmittelbar angrenzender Teichwiesenschule und der schon erwähnten Flattichschule. In Zukunft wird es aber wohl nur noch zwei Schultypen geben können, nämlich Gymnasium und Gemeinschaftsschule, die womöglich noch einen Zug zur Erlangung des Abiturs oben drauf bekommt. Ob sich die Realschule im Wettbewerb zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule behaupten kann, bleibt abzuwarten. Bei der Neuausrichtung der Schulen ist unserer Meinung nach auch das Oberschulamt gefragt, um hier den Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulstandorten in unserer Region Strohgäu nicht allzu stark ausufern zu lassen. Es kann nicht sein, dass bestehende Schulgebäude mit einem Millionenaufwand renoviert werden und dann nur teilweise genutzt werden und in der Nachbarkommune neue Gebäude errichtet werden, um einen neuen Schultyp zu etablieren.

Die zweite Baustelle bei den Schulen wird die Einführung der **Ganztagsgrundschule** sein. Auch hier hat es mit der derzeitigen Landesregierung einen Systemwechsel gegeben. Seither wurde die Kernzeit - und Hortbetreuung finanziell gefördert, in Zukunft sollen nun Mittel umgeschichtet werden, die dann der Ganztagsgrundschule zugute kommen sollen. Die Kernzeit - und Hortbetreuung genießt in unserer Stadt

große Akzeptanz, aber verursacht auch derzeit Kosten von 660 000 € pro Jahr. Selbstverständlich wird aber auch eine Ganztagsgrundschule Kosten verursachen, in welcher Höhe müssen Verwaltung und Gemeinderat noch diskutieren. Wichtig für unsere Fraktion ist, dass wir eine eventuelle Änderung bei der Grundschule zusammen mit den Eltern erarbeiten und eine Entscheidung, auch in zeitlicher Hinsicht, nicht übers Knie brechen.

Die schon kurz erwähnte Sanierung des **Gymnasiums** wird ja nun um ein Jahr verschoben, dies ist zwar ärgerlich, aber im Hinblick auf das sehr enge Zeitfenster unumgänglich. Damit wir die Sanierung nun 2015 angehen können, haben wir nach reiflicher Abwägung beantragt, einen Projektsteuerer für diese Sanierungsmaßnahme zu beauftragen.

Bei der **Kleinkinderbetreuung** haben wir unser Ziel der rechtzeitigen Fertigstellung der verschiedenen Bauvorhaben gerade noch erreicht, um öffentliche Zuschüsse zu bekommen. Nach Rückmeldung des Fachamtes reichen die angebotenen Plätze derzeit gut aus. Selbstverständlich können nicht alle Wünsche nach einer wohnungsnahen Versorgung mit den entsprechenden Betreuungsplätzen erfüllt werden, dies ist aber auch im Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz nicht so vorgesehen. Ob das derzeitige Angebot ausreichend ist, wird die Zukunft zeigen. Eine weitere Ausweitung des Betreuungsangebotes ist natürlich auch mit entsprechenden Kosten verbunden, die in der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht finanziert sind.

Im Bereich des **Gebäudeunterhalts** ist derzeit unser Augenmerk auf den vorbeugenden Brandschutz gerichtet. Bisher wurden noch nicht alle öffentlichen Gebäude nach den aktuellen Brandschutzanforderungen umgebaut. Die größten Sorgen bereitet uns dabei die Stadthalle. Im Moment kann sie nur unter größten Sicherheitsmaßnahmen der Feuerwehr weiter betrieben werden. Es sind derzeit doppelt so viele Sicherheitswachen durch die Feuerwehr erforderlich als seither. Der Einbau der neuen Brandschutztechnik ist sehr umfangreich, es muss sogar erheblich in die vorhandene Bausubstanz eingegriffen werden, was natürlich zu erheblichen Kosten führt. Weitere Sanierungsmaßnahmen sind zwar angedacht, aber noch nicht untersucht und noch nicht berechnet und somit in der Finanzplanung keineswegs berücksichtigt. Sanierungsbedarf besteht aber auch bei unseren städtischen Wohngebäuden. Die noch nicht sehr alte Wohnanlage A sternstrasse hat Baumängel, die beseitigt werden müssen. Zu allem Übel ist auch noch der Ofen im Münchinger

Backhaus defekt, so dass dringender Handlungsbedarf besteht. Da die Kosten erheblich sind, hat sich der Heimatverein Münchingen zusammen mit anderen örtlichen Vereinen dankenswerter Weise angeboten, Spenden für die Wiederherstellung dieses Kleinodes zu sammeln.

In Kürze soll der Kaufvertrag für das Gebäude **Stadtmitte Korntal** unterzeichnet werden. Mit dieser Vertragsunterzeichnung wird dann nach 25 Jahren das Projekt Sanierung Stadtmitte Korntal weitestgehend abgeschlossen sein. Nach vielen erfolglosen Bemühungen in den letzten Jahren kann dieses Projekt nun, mit finanzieller Unterstützung aus der Stadtkasse, umgesetzt werden. Die Kosten für die Verlegung der Goerdelerstraße waren in der Vergangenheit immer wieder der Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Projektes. Das Lidl-Gelände am Bahnhof Korntal scheint nun auch wieder Fahrt aufzunehmen, nachdem es mehrfach zum Stocken gekommen ist.

In **Münchingen** ist der Bedarf eines **Vollsortimenters** noch nicht gedeckt. Seit geraumer Zeit finden Gespräche über einen Flächenerwerb statt, die Hoffnungen wecken, dass auch hier eine für alle Beteiligte und selbstverständlich auch für die Einwohner von Münchingen gute Lösung gefunden wird.

Mit einer Gestaltungssatzung sollen in der **Ortsmitte** von **Münchingen** neue Impulse zum Bau von neuem Wohnraum gegeben werden. Bei der Erstellung dieser Satzung muss aber darauf geachtet werden, dass es zu keiner Überregulierung kommt. Dass neuer Wohnraum in Münchingen geschaffen werden muss, hat die Nachfrage nach Bauplätzen im Neubaugebiet Spitalhof gezeigt. Die städtischen Grundstücke waren ohne öffentliche Ausschreibung um ein Vielfaches überzeichnet. Ob nun die Entwicklung im innerstädtischen Bereich ausreicht, die zukünftige Nachfrage zu decken, ist fraglich. Mit diesem Thema muss sich der neue Gemeinderat in nächster Zeit befassen.

In Korntal sind wir mit der Ausweisung des Gebietes **Korntal-West** ein gutes Stück weiter gekommen. Die Bürgerwerkstatt hat sicher einiges dazu beigetragen. Nach dem derzeitigen Wettbewerbsverfahren, auf dessen Ergebnis wir alle gespannt sind, werden wir uns dann über das weitere Prozedere unterhalten müssen.

Nicht nur der Bedarf an Wohnbauflächen steigt am Rande von Stuttgart, sondern auch der Bedarf an **Gewerbeflächen**. Dass die Region Stuttgart in Münchingen einen Regionalen Gewerbeschwerpunkt sieht, ist seit der letzten Fortschreibung des Regionalplanes bekannt. Da sich aber nun im Kreis Ludwigsburg ein großes

mögliches Gebiet zerschlagen hat, ist seit Ende letzten Jahres Münchingen im engeren Suchlauf der Region mit von der Partie. Wir werden uns in Kürze mit dieser Thematik beschäftigen, um eine Stellungnahme der Stadt gegenüber der Region abzugeben. Grundsätzlich sind wir für eine Ansiedlung von neuem Gewerbe. Es sichert uns langfristig Gewerbesteuerereinnahmen, die wir für immer neue Aufgaben in unserer Stadt brauchen. Wie groß aber das Flächenangebot für ein nachhaltiges Gewerbesteueraufkommen sein muss, ist noch nicht ausdiskutiert.

Seit Jahren sind, zumindest für die Aufstellung des Haushaltsplanes, erhebliche Mittel aus **Grundstücksverkäufen** nötig gewesen. Bei der Abrechnung des jeweiligen Haushaltes war dann zwar meistens ein erhebliches Soll zu verzeichnen, also zu wenig verkaufte Grundstücke, was aber dem Rechnungsergebnis in den meisten Fällen nicht geschadet hat. Der Grund für diese Tatsache war mit Sicherheit die vorsichtige Art unseres Kämmers mit den möglichen Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommenssteuer umzugehen. Dies ist mit Sicherheit auch dieses Jahr so, was von uns aber auch in keinster Weise beanstandet wird. Dieses Jahr stehen weit weniger Mittel aus Grundstücksgeschäften zur Verfügung als in den Vorjahren. Grund dafür ist wohl die realistische Einschätzung der möglichen Verkäufe, aber auch der immer kleiner werdende Bestand, den wir zur Verfügung haben.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: der diesjährige Haushalt entspricht noch den gesetzlichen Vorgaben. Die vorgesehene erhebliche Rücklagenentnahme ist ebenfalls noch möglich, in der mittelfristigen Finanzplanung ist sie allerdings nur noch 2015 in diesem Ausmaße möglich. Voraussetzung für diese Prognose ist eine gute Konjunktur in unserem Land, da sie eine wesentliche Rolle für unseren Haushalt spielt, da die Höhe der Einkommenssteuer, die verschiedenen Umlagen und diverse Finanzausgleichsleistungen eine wichtige Größe bei den Einnahmen bzw. Ausgaben darstellen. Eine nachhaltige Entlastung unseres Haushaltes auf der Ausgabenseite ist unabdingbar, wenn auch nur schwer möglich. Hierzu bedarf es unter anderem einer strikten Haushaltsdisziplin. Eine Verschiebung von schon bis 2017 durchfinanzierten Maßnahmen ist für uns unumgänglich, dies muss Thema von der schon erwähnten Gemeinderatsklausur sein. Selbstverständlich trägt dazu auch eine sinnvolle Bewirtschaftung von im Haushalt bereitgestellter Mittel bei.

Herr Bürgermeister Dr. Wolf, abschließend darf ich noch Bezug auf Ihre Rede bei der Einbringung des diesjährigen Haushaltes im Dezember letzten Jahres nehmen.

Sie sprachen davon, dass wir uns dieses Jahr nur noch ein Schorle leisten könnten, ja sogar nur noch ein ganz dünnes Trollinger Schorle. Ich gehe gerne diesen Weg mit Ihnen mit. Die Hauptsache ist aber, dass nicht der Eindruck entsteht: Sie predigten Wasser und tranken Wein.

Im Namen der CDU-Fraktion darf ich mich bei Ihnen, Herr Dr. Wolf, und Ihrer Verwaltung, insbesondere bei der Kämmerei unter Leitung von Herrn Gerlach und bei Ihnen sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Beratung des Haushaltsplanes bedanken. Für den Einen und die Andere ist es ja der letzte Haushaltsplan, den sie als Gemeinderat zu verantworten haben. Sie können in Zukunft mit geschultem Blick aus sicherer Entfernung das Wirken des neuen Gremiums beobachten. Viel Freude dabei.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2014 und den hiermit verbundenen Planwerken zu. Die mittelfristige Finanzplanung nehmen wir mit sehr großer Sorge zur Kenntnis.

Für die CDU-Fraktion

Martin Hönes

Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der SPD zum Haushalt 2014 der Stadt Korntal Münchingen

„Der Sturz aus dem zehnten Stockwerk verläuft bis zum Parterre völlig problemlos“. Dieses - vom englischen Nationalökonom John Maynard Keynes stammende - Bild charakterisiert den Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der aktuellen finanziellen Situation unserer Stadt nach unserer Auffassung sehr anschaulich und treffend. Wir müssen uns jetzt der Zukunft und den Problemen stellen; wir haben keine Zeit zu verlieren.

Das magische Dreieck erfolgreicher Politik besteht aus **soliden Finanzen**, **wirtschaftlicher Vernunft** und **sozialer Sicherheit**; an diesen Eckpunkten können, sollen und müssen auch wir uns bei allen Entscheidungen orientieren.

Eine unabdingbare Voraussetzung und das primäre Ziel einer nachhaltigen und erfolgreichen Kommunalpolitik sind **solide Finanzen**. Eine sparsame und

wirtschaftliche Haushaltsführung und ökonomische Vernunft bilden die Grundvoraussetzungen, um die notwendigen finanziellen Spielräume zu schaffen und zu bewahren.

Die finanzielle Situation unserer Stadt gibt aus unserer Sicht Anlass zu tiefgreifender Besorgnis. Wir können in diesem Jahr mit einem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von knapp 12 Millionen Euro und Gewerbesteuerereinnahmen von 11,5 Millionen Euro rechnen. Diese Werte sind für sich betrachtet durchaus positiv und bewegen sich bei einer vergleichenden Betrachtung der letzten Jahre im oberen Bereich.

Gleichwohl müssen wir konstatieren, dass wir im Jahr 2014 einen Haushalt verabschieden werden, der den gesetzlichen Anforderungen formal nicht zu entsprechen vermag. Mit einer negativen Zuführungsrate von circa 2,2 Millionen Euro wird das Ziel eines ausgeglichenen Etats deutlich verfehlt; allerdings wirken sich hier auch Einmaleffekte wie die zeitlich versetzte Erstattung von Aufwendungen für Kindertagesstätten und höhere Umlagen auf Grund der hervorragenden Gewerbesteuerereinnahmen des Jahres 2012 aus.

Im Ergebnis können die anfallenden Kosten im Verwaltungshaushalt nicht über die zu erwartenden Einnahmen refinanziert werden. Diese Problematik wird sich - bei realistischer Betrachtung - ohne nachhaltige Korrekturen weiter verschärfen; die laufenden und ständig wiederkehrenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt steigen kontinuierlich und in erheblichem Umfang, während die Entwicklung der Einnahmen nicht Schritt halten kann. Die Situation unserer Finanzen stellt keine temporäre konjunkturelle Erscheinung dar; vielmehr weist der Haushalt im Ergebnis aktuell ein **strukturelles Defizit** auf, das wir **nicht hinnehmen oder gar akzeptieren können und dürfen**.

Die kritische finanzielle Situation wird sich durch weitere - strukturell bedingte - Steigerungen der Ausgaben zuspitzen, weil nur in wirtschaftlich außerordentlich erfolgreichen Jahren **die Dynamik der Einnahmen ausreichen wird, um die anfallenden Kosten im Verwaltungshaushalt zu refinanzieren**. Die Einführung des neuen Haushaltsrechts wird die Problematik mit Sicherheit weiter verschärfen, da ein gesetzmäßiger Etat nur erreicht werden kann, wenn der gesamte Ressourcenverbrauch - allein aus dem bisher bewerteten Anlagevermögen der kostenrechnenden Einrichtungen ein jährlicher Abschreibungsbedarf in Höhe von knapp 2 Mio. € - erwirtschaftet wird.

„Nur wenige Menschen sind klug genug, hilfreichen Tadel nichtssagendem Lob vorzuziehen“. Zu dieser Erkenntnis ist jedenfalls Francois de La Rochefoucauld gelangt. An diese einsichtigen Adressaten wenden wir uns und sind der Auffassung, dass in dieser problematischen Situation konstruktive Kritik sinnvoll, angebracht und notwendig ist.

Es erscheint zwingend geboten, der sehr bedenklichen Entwicklung unserer Finanzen entschlossen zu begegnen und mit konsequenten Entscheidungen zu reagieren. Wir bedauern, dass vom diesjährigen Haushalt die erforderlichen Signale und Impulse nicht ausgehen. Wir vermissen sowohl in der Diskussion als auch im Ergebnis ein Umdenken und eine Kurskorrektur.

Wir erwarten von der Verwaltung, die - nicht wie der Gemeinderat ausschließlich im Ehrenamt - mit dieser problematischen Situation befasst ist, dass sie **Möglichkeiten aufzeigt, Ziele formuliert und konkrete Lösungen erarbeitet**, die zu **nachhaltigen Einsparungen** und **strukturellen Verbesserungen führen**. Dass diese zentrale Aufgabe von der Verwaltung zu leisten ist und in ihren Verantwortungsbereich fällt, ergibt sich aus der ihr gesetzlich zugewiesenen Funktion, der Struktur der Abläufe und den ihr jedenfalls quantitativ zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten. Eine Fraktion alleine wird - bei aller Kompetenz - diese komplexe Thematik politisch nicht nachhaltig lösen können.

Im Rahmen dieses Prozesses benötigen wir - wie auch die Erfahrungen der Vergangenheit belegen - weder eine Haushaltssparkommission noch muss ein Arbeitskreis gegründet werden, der sich mit dieser Thematik befasst. Wenig hilfreich und zielführend sind auch allgemeine und theoretische Erörterungen grundsätzlich bestehender Einsparpotentiale. Zwingend erforderlich sind vielmehr konkrete Vorschläge und nachhaltige Lösungsansätze; diese müssen wir in diesem Gremium diskutieren und im Ergebnis gemeinsam politisch verantworten.

„Sparen, das ist die goldene Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“. Theodor Heuss hat diesen erfolgversprechenden Lösungsansatz präzise charakterisiert. Um die Schieflage unseres Etats korrigieren zu können, bedarf es zwingend einer **verstärkten und nachhaltigen Haushaltsdisziplin**. Da aus unserer Sicht ein massiver Handlungsdruck gegeben ist, sind darüber hinaus Einschnitte und Kürzungen unumgänglich, um das Ausgabevolumen des Verwaltungshaushalts zu reduzieren. Die von uns beantragte spürbare Erhöhung der globalen Minderausgabe der für allgemeine Sachaufwendungen vorgesehenen Mittel wird einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten.

Es ist ein Gebot der Notwendigkeit, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel **verantwortungsvoll und mit einem Höchstmaß an Effizienz** eingesetzt werden. Wir haben aus diesem Grund beantragt, den beabsichtigten Grunderwerb für Biotope aus den für den Grunderwerb für unbebaute Grundstücke zur Verfügung stehenden Mitteln zu bestreiten und eine Entscheidung über die Freigabe der im Vermögenshaushalt für die Verbesserung der Fließgewässer veranschlagten Mittel erst herbeizuführen, wenn konkrete Informationen über den aktuellen Stand des Ökokontos, die zu erwartenden Gesamtkosten und die konkreten Auswirkungen der projektierten Maßnahme auf das Ökokonto vorliegen.

Wir sind gezwungen, uns auf das Wesentliche, auf das heute Mögliche, auf das absolut Notwendige zu konzentrieren - auf das, **was wir uns leisten können**. Da die Spielräume außerordentlich eng sind, müssen zwingend klare Konzepte entwickelt, Schwerpunkte gebildet und Prioritäten gesetzt werden; ein Flickenteppich kurzatmiger Einzelkorrekturen stellt keinen tauglichen Ansatz dar.

Die Verwaltung hat im Rahmen der Diskussionen um den Entwurf des aktuellen Haushaltsplans erheblich mehr Änderungen und Korrekturen vorgenommen als in den vergangenen Jahren. Die Ursachen sind nur teilweise kurzfristigen oder überraschenden Entwicklungen geschuldet; auch hier wünschen wir uns mehr **Struktur und Konstanz**.

Unser Kämmerer hat seinen Prognosen zur mittelfristigen Finanzplanung auf der Einnahmenseite - fast schon traditionell - einen zumindest verhaltenen Optimismus zu Grunde gelegt. Gleichwohl ist zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben der Weg einer teilweisen Kreditfinanzierung vorgezeichnet, der mit einer massiven Neuverschuldung korrespondiert. Für den Zeitraum bis 2017 wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein **Kreditbedarf von rund 17,4 Millionen Euro** prognostiziert; die **Rücklagen** werden **aufgezehrt** sein.

Es wird eine der großen Herausforderungen sein, das momentan kalkulierte Investitionsvolumen auf das zu verantwortende **Minimum zu beschränken**. Anlass zu erheblicher Besorgnis gibt insbesondere, dass **die in den nächsten Jahren anstehenden Investitionen die aktuelle Leistungskraft unserer Stadt erheblich übersteigen**. Dies erscheint nicht verwunderlich, da der Gesamtrahmen der Vermögenshaushalte prognostisch ein Volumen von knapp **49 Millionen Euro** umfasst.

Die komplexe Frage, ob auf unserer Gemarkung ein **regionaler Gewerbeschwerpunkt** entstehen soll, bedarf einer **sorgfältigen Abwägung**. Es wird zu klären sein, ob und in welchem Umfang die Finanzierungsspielräume auf diesem Weg durch eine weitere Einnahmequelle nachhaltig und verlässlich erhöht werden können. Wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, dass wir im Falle einer positiven Entscheidung erhebliche Beträge in die Entwicklung des in Betracht kommenden Gebiets investieren müssen und jedenfalls in der Anlaufphase nennenswerte Erlöse aus der Gewerbesteuer kaum zu erwarten sind. Eine zwingende Voraussetzung für eine Gewerbeansiedlung ist zudem, dass tragfähige und befriedigende Lösungen für die zu erwartende Verkehrsproblematik gefunden und auch Aspekte des Lärmschutzes und Belange des Umweltschutzes nicht vernachlässigt und aus dem Blick verloren werden.

Es ist den Grundsätzen der **Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit** geschuldet, dass der Etat die im aktuellen Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben realistisch und korrekt abbildet. Die von uns beantragte globale Minderausgabe für Personalausgaben greift diesen Ansatz auf und ist - bei realistischer Bewertung - schon jetzt umgesetzt.

Wir müssen durch eine **konsequente Budgetierung** der Eckwerte versteckte Finanzpuffer eliminieren. Erhebliche Einsparpotentiale - etwa bei der Stadthalle sowie den Mitteln für sächlichen Aufwand der Bauleitplanung - haben wir im Rahmen unserer Anträge aufgezeigt; diese sind im Zuge der Beratungen leider nur teilweise umgesetzt worden.

Der **Kostendeckungsgrad** der einzelnen Gebührenhaushalte und der kostenrechnenden Einrichtungen unserer Stadt muss mit dem Ziel in den Fokus genommen werden, den kommunalen Zuschussbedarf zu reduzieren und den Haushalt an dieser Stelle zu entlasten; Mehrbelastungen müssen jedoch gerecht, nachvollziehbar und sozial ausgewogen erfolgen.

Wir halten grundsätzlich - insbesondere mit Blick auf die Situation und die Belange der betroffenen Mitarbeiter - eine **bedarfsgerechte Personalausstattung** für

unverzichtbar. Auch in unserer Stadt wollen und benötigen wir motivierte, engagierte und leistungsbereite Mitarbeiter. Eine Politik auf dem Rücken der Mitarbeiter wollen und werden wir nicht mittragen. Es erscheint jedoch bei objektiver Betrachtung weder erforderlich noch geboten, die von der Verwaltung vorgeschlagene Aufstockung der Stelle für den Bereich Städteplanung/Baurecht vorzunehmen. Eine sehr kostspielige **Organisationsuntersuchung** der Kernverwaltung durch die „Allevo Kommunalberatung“ hat ergeben, dass die Personalausstattung **im Bereich Baurecht ausreichend** ist und ein zusätzlicher **Personalbedarf nicht bejaht** werden kann; die Verwaltung hat sich im Juni 2012 dieser Bewertung ohne Einschränkungen angeschlossen. Der Gemeinderat hat sich an den Empfehlungen der umfassenden Organisationsuntersuchung orientiert und - trotz der hiermit verbundenen erheblichen Belastungen für den Verwaltungshaushalt - neue Stellen und Strukturen geschaffen, wenn ein entsprechender Bedarf aufgezeigt worden ist. Wir halten es jedoch für konsequent und unabdingbar, die **Ergebnisse der Organisationsuntersuchung** bei der Entscheidungsfindung auch zu berücksichtigen und auf die **Schaffung weiterer Stellen zu verzichten**, wenn ein Personalbedarf in der sorgfältigen und von allen Beteiligten akzeptierten Erhebung **nicht bejaht** worden ist. Eine signifikante Zunahme der zu bearbeitenden Verfahren und eine damit einhergehende Mehrbelastung gegenüber dem Erhebungszeitraum der nicht lange zurückliegenden Organisationsuntersuchung kann ersichtlich nicht festgestellt werden. Die Annahme eines durch eine weitere Stelle zu befriedigenden Personalbedarfs begegnet auch aus diesem Grund durchgreifenden Bedenken. Vielmehr ist eine - zu einer strukturellen Erhöhung der Ausgabenlast führende - Aufstockung des Stellenplans nicht veranlasst, da ein entsprechender Bedarf weder nachvollziehbar aufgezeigt noch dargestellt worden ist. Wir haben mit unserem Antrag im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen keine Mehrheit gefunden. Ich gestatte mir die Anmerkung, dass wir nicht immer nur abstrakt nach Einsparungen oder einer Reduzierung der Ausgaben rufen können, um dann, wenn eine konkrete Möglichkeit besteht, zu erklären: An dieser Stelle wollen wir nicht sparen. Diese Vorgehensweise ist schlicht kontraproduktiv.

Eine **Konzentration** auf das absolut **Notwendige** erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei realistischer Bewertung zwingend erforderlich. Eine Ausweitung des vielfältigen Leistungsangebots kommt nach unserem Verständnis nicht in Betracht.

Wir benötigen **nachhaltige und tragfähige Konzepte** und den Willen, die Zukunft zu gestalten; nur dann können wir die in den nächsten Jahren zu bewältigenden Aufgaben und Herausforderungen meistern, die Chancen ergreifen und positive Akzente setzen.

Wir werden uns - insbesondere vor dem Hintergrund sich permanent verändernder Rahmenbedingungen - künftig auch auf das Ziel konzentrieren müssen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. **Die Bündelung von Kräften, die Schaffung von Synergien, mehr Kooperation und mehr Gemeinsinn** sind die Schlüssel für die Zukunft. **Soziale Stabilität und Sicherheit** sind elementare Bestandteile eines funktionierenden Gemeinwesens. Wir haben als Kommune Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrzunehmen und soziale Verpflichtungen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang müssen wir für unsere Bürger Standards erfüllen, sichern und gewährleisten, deren Ausgestaltung wir diskutieren können, die aber im Kern nicht verzichtbar sind.

Wir müssen die **Menschen** und deren **Identifikation mit unserer Stadt** verstärkt in den Fokus unserer Politik nehmen. Wir haben uns seit langen Jahren vehement dafür eingesetzt, den Leistungen unserer **ehrenamtlich tätigen Bürger** mehr Aufmerksamkeit zu schenken und den **Stellenwert ihrer Arbeit** als Element einer Anerkennungskultur deutlicher zu betonen.

Die Angehörigen der **Freiwilligen Feuerwehr** setzen sich in vorbildlicher Weise für das Gemeinwohl ein und engagieren sich - auch unter Einsatz von Leib und Leben - im Rahmen ihrer vielfältigen Aufgaben als Helfer und Retter für die Menschen unserer Stadt; es steht außer Frage, dass hierfür auch die **geeignete technische und operative Ausrüstung** zur Verfügung stehen muss. Der von der Verwaltung vorgestellte und vom Gemeinderat im vergangenen Jahr beschlossene **Feuerwehrbedarfsplan** enthält die ausdrückliche Empfehlung, die „Nutzung der Räumlichkeiten über dem Feuerwehrhaus anzustreben“. Es besteht - wie die Ausführungen im Gutachten schlüssig aufzeigen - ein erheblicher Raumbedarf der Abteilung Münchingen unserer Freiwilligen Feuerwehr. Wir halten es nach einer umfassenden Abwägung für sinnvoll und veranlasst, dem Vorschlag des nach unserer Auffassung außerordentlich kompetenten externen Gutachters zu folgen. In diesem Zusammenhang ist überdies zu berücksichtigen, dass ein spürbarer Handlungsdruck gegeben ist und zeitnah eine Lösung für die oben aufgezeigte - schon seit geraumer Zeit bestehende - **Raumproblematik** gefunden werden muss; mit der Realisierung des gutachterlichen Ansatzes werden zudem kostspielige und aufwendige Umbaumaßnahmen entbehrlich oder können zumindest deutlich reduziert werden. Da die Standortstruktur zwingend beibehalten werden muss, um die normativen Vorgaben des Landes für die Hilfsfristen erfüllen zu können, bereitet die **Einhaltung der Sollstärke** der Abteilungen - insbesondere bei der Tagesverfügbarkeit - bereits jetzt nicht unerhebliche Probleme. Es ist die Aufgabe des Gemeinderats, im vertrauensvollen Zusammenwirken mit den Verantwortlichen der Feuerwehr nachhaltige Lösungsansätze zu erarbeiten; Patentrezepte für die sich bei mittelfristiger Betrachtung noch verschärfende Problematik stehen leider nicht zur Verfügung.

Unsere Bürger können, sollen und müssen mitreden und mitgestalten. Es erscheint sinnvoll und sachgerecht, mit neuen und erweiterten **Beteiligungsmöglichkeiten für unsere Bürger** deren **Partizipation** zu stärken und bewährte politische Verfahren zu ergänzen. Einen positiven und tragfähigen Ansatz liefern das „**Zukunftskonzept Korntal-Münchingen 2025**“ sowie die **Agendagruppen** unserer Stadt; die Beteiligten setzen sich mit großem Engagement und einem hohen Potential an Sachkunde, Kreativität und Wissen für die Belange des Gemeinwohls ein. Wir wünschen uns, dass sich noch deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger an diesen Prozessen beteiligen, um dessen Ergebnisse breiter, nachhaltiger und repräsentativer zu gestalten und mehr Akzeptanz zu schaffen. Es bedarf jedoch zwingend einer demokratischen Legitimation, um verbindliche und verpflichtende Entscheidungen für eine Kommune treffen zu können; hierzu sind ausschließlich die gewählten Volksvertretungen berufen.

Unsere **Vereine** prägen in beeindruckender Weise das **soziale, kulturelle und sportliche** Angebot der Kommune. Sie übernehmen karitative Aufgaben und erfüllen eine außerordentlich wichtige Funktion in unserem Gemeinwesen. Auch hier engagiert sich eine Vielzahl ehrenamtlich Tätiger, die sich beispielsweise um die Betreuung und Weiterbildung von Kindern und Jugendlichen, aber auch um die

Belange älterer Menschen kümmern. Der kommunale Haushalt wird durch die Angebote, die Eigeninitiativen und die Leistungen der Vereine erheblich entlastet, die jedoch - bedingt durch den gesellschaftlichen Wandel und wachsende Ausgaben - zunehmend mit Problemen zu kämpfen haben und sich neu orientieren müssen.

Eine nachhaltige und qualitativ gut ausgebaute Kinderbetreuung erscheint - auch wegen des hohen gesellschaftspolitischen Stellenwerts - unverzichtbar. Unsere Stadt verfügt in diesem Bereich über eine attraktive und zukunftsfähige Infrastruktur, die den sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den hieraus resultierenden Wünschen und Bedürfnissen junger Familien mit einer **vielfältigen und abwechslungsreichen Betreuungslandschaft auf einem hohen Niveau** Rechnung trägt. Die **familiennahe Betreuungsform der Kindertagespflege** bildet ein weiteres Element eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots; wir halten die Einbindung von Tagesmüttern für einen unverzichtbaren Baustein eines tragfähigen Konzepts für die Betreuung von Kleinkindern.

Es ist auf Grund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu einer herausragenden Aufgabe geworden, **die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen in ihrer schulischen und sozialen Entwicklung zu fördern, die Eltern in ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen und zu qualifizieren** und auf diese Art und Weise zu einem Mehr an **Chancengerechtigkeit** sowie zur Sicherung des **sozialen Friedens** beizutragen.

Der Begriff der **Schulstadt** ist nach unserer Auffassung - und auch in der öffentlichen Wahrnehmung - ein wesentlicher Bestandteil des Profils von Korntal-Münchingen. Wir haben gemeinsam in den vergangenen Jahren im Rahmen der uns eingeräumten Zuständigkeiten wiederholt weitreichende Entscheidungen getroffen und finanzielle Kraftakte verantwortet, um allen Kindern und Jugendlichen unserer Stadt die **Teilhabe an Bildung** zu ermöglichen und das oben angesprochene Profil zu schärfen; hierzu gehört insbesondere die Möglichkeit, den jeweils angestrebten Bildungsabschluss vor Ort zu erwerben.

Eltern, Lehrer und Schüler sowie unsere Stadt als **Schulträger** sind nach unserer Überzeugung Partner. **Kommunikation, Kooperation, Vertrauen** und **Verlässlichkeit** auf beiden Seiten sind unverzichtbare Elemente einer erfolgreichen und konstruktiven Zusammenarbeit. Diesem Anspruch - und der Verantwortung als Schulträger - wollen wir als SPD-Fraktion gerecht werden.

Dass der Termin zur Sanierung von Bau B des Gymnasiums nicht gehalten werden kann, erscheint uns insbesondere in der Außenwirkung mehr als unglücklich. Der Gemeinderat hat von der bedauerlichen Entwicklung erstmals im Rahmen der Lesung des Haushalts im Januar 2014 erfahren. Weder im Zuge der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Thema im Jahr 2013 noch bei einer anderen Gelegenheit sind vom zuständigen Fachamt Schwierigkeiten, Probleme oder gar durchgreifende Hindernisse im Zusammenhang mit der Steuerung und Abwicklung der Generalsanierung thematisiert worden.

Wir können die Überraschung und Verärgerung der Verantwortlichen der Schule in jeder Hinsicht nachvollziehen. Aus unserer Sicht haben Defizite und Mängel im verantwortlichen Fachbereich der Verwaltung sowohl in der Planungsphase als auch

im Zusammenhang mit der beabsichtigten Ausschreibung maßgeblich zur erneuten Verschiebung des Termins beigetragen. Wir werden im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten konsequent und mit Nachdruck auf eine zeitnahe und reibungslose Abwicklung drängen; eine weitere Verschiebung halten wir für nicht hinnehmbar.

Ein erneuter Paradigmenwechsel hat zu einschneidenden Veränderungen in der Schul- und Bildungspolitik des Landes Baden-Württemberg geführt. Der Wegfall der Grundschulempfehlung und der Bildungsbezirke, die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule sowie die Umsetzung der Grundsätze der Inklusion führen zu durchgreifenden Veränderungen der Schullandschaft. Die weiterführenden Schulen in unserer Stadt haben seit einiger Zeit den Ganztagesbetrieb aufgenommen.

Die Entscheidung, ob, in welchem Umfang und in welcher Form auch unsere Grundschulen künftig entsprechende Angebote zur Verfügung stellen sollen, wird am Ende der Diskussion des **Schulentwicklungsplans** stehen. Ich darf betonen, dass bislang keine Festlegung erfolgt ist und das Verfahren ergebnisoffen geführt wird. Es steht für uns außer Frage, dass die betroffenen Eltern in den Prozess der Entscheidungsfindung eingebunden, ihre Belange und Interessen berücksichtigt und ihre Rechte respektiert werden müssen.

Im Rahmen der hier erforderlichen Gesamtbetrachtung muss in Bedacht genommen werden, dass diese Entscheidung Wechselwirkungen auf das - qualitativ hochwertige und außerordentlich beliebte - Kernzeit- und Hortangebot haben wird. Die Annahme drängt sich auf, dass aus der oben näher dargestellten Entwicklung Konsequenzen für den Raumbedarf der Schulen, die Nutzungsmöglichkeiten der bestehenden Gebäude sowie Zuschnitt und Dimensionierung der bereits existierenden und der geplanten Versorgungseinrichtungen resultieren werden.

Um eine nachhaltige und tragfähige Lösung erarbeiten zu können, sind die einzelnen Aspekte der außerordentlich komplexen und sensiblen Thematik in einen **Gesamtzusammenhang** zu stellen; ein maßgeblicher Gesichtspunkt wird auch die Frage sein, ob sich die schulpolitische Ausrichtung des Landes verstetigt und welche Angebote unsere Nachbarkommunen zur Verfügung stellen. Für die Entscheidungsfindung müssen wir uns die Zeit nehmen, die wir brauchen. Hektischer Aktionismus erscheint aus unserer Sicht verfehlt. „Zweck des Disputs oder der Diskussion soll nicht der Sieg, sondern der Gewinn sein“. Dieser Einschätzung von Joseph Joubert schließen wir uns an und erhoffen uns, dass am Ende der **Diskussion über unsere Bildungslandschaft** ein **Gewinn für die Kinder und die Erziehungsberechtigten** steht.

Eine zentrale Aufgabe wird künftig die **Sicherung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen in allen vier Bereichen der Altenhilfe** darstellen. In unserer Gesellschaft leben - wie die demographische Entwicklung belegt - immer mehr **ältere Mitbürger**, aber auch **Menschen**, die in ihrer **Mobilität** im Zusammenhang mit körperlichen Einschränkungen erheblich **beeinträchtigt** sind. Dies ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Auch diese Bevölkerungsgruppe hat einen Anspruch darauf, möglichst ungehindert am

öffentlichen Leben teilhaben zu können; hierzu ist zunächst Voraussetzung, dass sich diese Mitbürger gefahrlos und sicher im öffentlichen Straßenraum bewegen können und ein barrierefreies Fortkommen gewährleistet wird. Ein nicht unwichtiges Element ist in diesem Zusammenhang die Ausweisung von Behindertenparkplätzen an der richtigen Stelle. Am Hinterausgang des **Rathauses in Münchingen** befindet sich ein ausgeschilderter **Behindertenparkplatz**, der überwiegend von den Besuchern der Physiotherapiepraxis genutzt wird. Die Querung des Bereichs vom Parkplatz bis zum Eingang der Physiotherapiepraxis gestaltet sich jedoch auf Grund der dort befindlichen Pflasterung problematisch oder zumindest sehr beschwerlich. Wir halten es - auch aus Gründen der Verkehrssicherheit - für einen geeigneten Lösungsansatz, im Bereich der Parkbuchten entlang der Hauptstraße einen **Behindertenparkplatz vor dem Widdumhof** zu schaffen, so dass die betroffenen Mitbürger die problematische Stelle nicht passieren müssen.

Ein entscheidender Baustein besteht darin, eine für alle Generationen geeignete und an deren Bedürfnissen orientierte **Wohn- und Lebenswelt** zu gestalten, um den Angehörigen mehrerer Generationen die Möglichkeit zu geben, gemeinsam zu leben und sich gegenseitig zu unterstützen; das nunmehr vor der Realisierung stehende **Mehrgenerationenhaus** in der Görlitzstraße in Korntal nimmt diesen Ansatz auf. Es wird zu prüfen sein, ob und an welcher Stelle in anderen Stadtteilen ebenfalls zukunftsorientierte Wohnformen im Sinne eines **Mehrgenerationenangebots** realisiert werden können. Wir dürfen überdies nicht aus dem Blick verlieren, dass geeignete **Räumlichkeiten** benötigt werden, um **seniorengerechte Angebote und Veranstaltungen** durchführen zu können; hierzu bedarf es weiterer konzeptioneller Überlegungen.

Der **Schutz der Umwelt ist ein unverzichtbares und zentrales Element** einer nachhaltigen Politik und überdies ein **Gebot der Vernunft**. Wir müssen uns im kommunalen Bereich naturgemäß auf Dinge konzentrieren, die wir selbst weitgehend beeinflussen und kontrollieren können. Eine bewährte und sinnvolle Form des Umweltschutzes ist die **nachhaltige Reduzierung des Energieverbrauchs**; das Ergebnis dieser Anstrengungen wirkt sich vor Ort konkret messbar aus. In diesem Zusammenhang müssen energetische Sanierungsmaßnahmen strukturiert angegangen werden; die Entscheidungen werden selbstverständlich jeweils auch unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu beleuchten sein.

Sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Gründen erscheint der überlegte Ausbau - und der hiermit korrespondierende Einsatz - **regenerativer Energien** unverzichtbar; auch unsere Stadt muss sich ihrer Verantwortung stellen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einen sinnvollen Beitrag leisten.

Mit der Entscheidung über die **Vergabe und Gestaltung der Konzessionsverträge für das örtliche Strom- und Gasnetz** ist eine strategisch wichtige Weichenstellung erfolgt, die unserer Stadt eine Teilhabe am Netzbetrieb durch die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens oder die Beteiligung an einem solchen Unternehmen ermöglicht. Wir haben einen behutsamen und risikoarmen Einstieg gewählt, der uns eine Konzessionsabgabe sichert und neben energiepolitischen Gestaltungsmöglichkeiten die Aussicht auf Gewinne aus der Beteiligungsgesellschaft eröffnet. Es bleibt aber eine Rechnung mit einigen Unbekannten, weil der nur schwer bestimmbare Wert einiger Variablen - etwa die Höhe des für die Instandhaltung des

Netzes erforderlichen Betrags - das Ergebnis und damit auch die Rentabilität maßgeblich beeinflusst.

Eine zielorientierte Stadtplanung bildet die unabdingbare Voraussetzung für eine **zukunftsfähige und strukturierte städtebauliche Entwicklung**; ein unverzichtbares Element bildet hierbei ein ausreichendes Angebot an **bezahlbarem Wohnraum**. Wir haben schon mehrfach mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die **Innenentwicklung absoluten Vorrang** genießt, da nur mit diesem Ansatz der Flächenverbrauch und die Versiegelung der Landschaft in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden können. Die Innenentwicklung stellt eine wichtige - von der Kommune zu leistende - städtebauliche Aufgabe dar, die ein dringend benötigtes Angebot generieren soll.

Wir haben uns nach einer umfassenden und intensiven Abwägung für das Wohnbaugebiet „**Korntal West**“ ausgesprochen; hierbei haben wir uns - wie im Übrigen auch die Verwaltung - maßgeblich von der Erwägung leiten lassen, dass wir bezahlbaren Wohnraum für junge Familien schaffen müssen, weil wir nur auf diese Art und Weise überhaupt die Möglichkeit haben, nachhaltig auf die bedenkliche demographische Entwicklung in unserer Stadt Einfluss zu nehmen. Gemeinderat und Verwaltung haben nach umfassender Beratung beschlossen, das Vorhaben nur zu realisieren, wenn die in dem konkreten Bauabschnitt liegenden Grundstücke in das Eigentum der Stadt gelangt sind. Wir stehen zu dieser klaren Aussage, die zumindest zum Zeitpunkt der Entscheidung weitgehender Konsens im Gremium gewesen ist, weil die Stadt nur unter dieser Voraussetzung die Rahmenbedingungen gestalten, steuernd und lenkend eingreifen und unserem gemeinsamen Ansatz gerecht werden kann. Wir werden auch künftig zu dieser Aussage und zu unserem Wort stehen. Bei einer abweichenden Bewertung konterkarieren wir den eigenen - mit vielen kostspieligen Gutachten belegten - Ansatz; im Rahmen der Diskussion sind im Übrigen andere, gleichermaßen tragfähige und zielführende Lösungen nicht aufgezeigt worden. Es ist für uns aber auch - und das ist ein ganz entscheidender Gesichtspunkt - eine Frage der Glaubwürdigkeit unserer Entscheidungen, der Verlässlichkeit unseres Handelns und des Vertrauens in unsere Aussagen, dass wir am Inhalt dieses Beschlusses festhalten. Wir wollen - um es plakativ auf einen Nenner zu bringen - kein Spekulationsobjekt schaffen, sondern die Grundstücke zu einem fairen Preis, der weit über dem aktuell für Ackerland zu erzielenden Erlös liegt, erwerben und bezahlbaren Wohnraum für junge Familien ermöglichen.

Sowohl für die „**Stadtmitte Korntal**“ als auch für das „**Bahnhofsareal Korntal**“ sind die zur Neuordnung und Aufwertung erforderlichen Bebauungspläne intensiv diskutiert und im Entwurf beschlossen worden. Da mit den - hier zwingend erforderlichen - Investoren parallel zu diesen Verfahren nach intensiven Diskussionen zwischenzeitlich tragfähige Konzepte erarbeitet worden sind, stehen zwei für diesen Stadtteil außerordentlich wichtige städtebauliche Projekte kurz vor der Realisierung.

Die Ansiedlung eines **Lebensmitteleinzelhandels in Form eines Vollsortimenters** wird nach unserer Überzeugung maßgeblich zur **Belebung der Stadtmitte von Korntal** beitragen und überdies eine wohnortnahe Versorgung der Bürgerinnen und Bürger langfristig gewährleisten. Darüber hinaus soll ein das Ortsbild prägendes Stadtquartier mit attraktiven Wohnungen entstehen, das eine Magnetfunktion für den gesamten Innenstadtbereich übernehmen kann. Wir haben wiederholt eine qualitativ

ansprechende Einbindung des Planbereichs in die umgebenden baulichen Strukturen vom Saalplatz bis zur alten Lateinschule im Sinne eines **Gesamtkonzepts** angemahnt. Dass unsere Forderung nun umgesetzt wird, begrüßen wir ausdrücklich.

Auf dem an einer Schlüsselstelle am Ortseingang liegende **Gelände am Bahnhof** wird - auch dem Wunsch unserer Bevölkerung entsprechend - ein Lidl-Discountmarkt angesiedelt werden; im Übrigen sehen die Planungen eine urbane und ansprechende Struktur aus Handel, Gewerbe, Dienstleistung und Wohnen vor.

Nach unserer Auffassung haben wir im Zuge der nicht immer einfachen Planungsprozesse vertretbare Lösungen erarbeitet und ausgewogene Kompromisse gefunden, die sowohl dem Aspekt der städtebaulichen Qualität als auch den Belangen unserer Bürger und der Beteiligten angemessen Rechnung tragen.

Am sowohl in historischer als auch in städtebaulicher Hinsicht bedeutsamen **Saalplatz** erscheint es aus unserer Sicht nach wie vor geboten und veranlasst, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und diesen **Platz für unsere Bürger und gemeinsam mit unseren Bürgern mit Leben zu erfüllen**. Ohne einen attraktiven gastronomischen Betrieb wird es aber sehr schwer werden, dieses Ziel dauerhaft und in angemessener Form zu erreichen.

Der Prozess der **Umgestaltung, Erneuerung und Sanierung des Ortskerns von Münchingen** muss nach unserer Auffassung konsequent vorangetrieben werden; hier benötigen wir entscheidende und nachhaltige Impulse. Ein zentrales Element der Entwicklung des Innenbereichs von Münchingen bildet nach wie vor die Ansiedlung eines **Lebensmitteleinzelhandels**, um die Versorgungsfunktion der **Ortsmitte** zu stärken und zu sichern. Mögliche Lösungsansätze sind bereits wiederholt diskutiert und in den Fokus genommen worden. Im Rahmen der Erörterung dieser komplexen Problematik ist zwar zunächst eine Priorisierung möglicher Standorte erfolgt, die jedoch durch die anschließenden konzeptionellen Planungen für den Ortskern von Münchingen wieder in Frage gestellt worden ist. Wir halten einen Bericht über den Stand der Planungen und die aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit der Ansiedlung eines Vollsortimenters in Münchingen für erforderlich, um auf einer tragfähigen Tatsachengrundlage nunmehr abschließend diskutieren und verbindlich klären zu können, unter welchen Voraussetzungen und an welchem Standort eine Realisierung dieses Projekts möglich erscheint und erfolgen soll. Im Zuge der weiteren Planungen muss das Projekt trotz der Komplexität des Sachverhalts mit Nachdruck vorangetrieben, zur Entscheidungsreife gebracht und vor allen Dingen umgesetzt werden.

Der Gemeinderat hat als überzeugende und tragfähige Grundlage für die weiteren, nun zu konkretisierenden Planungen für den Ortskern Münchingen im vergangenen Jahr ein Maßnahmenkonzept beschlossen. Der hiervon ausgehende **Impuls zur Stärkung und Belebung der Ortsmitte** muss aufgenommen, umgesetzt und den ortsspezifischen Besonderheiten und der Charakteristik der Umgebung mit der gebotenen Sensibilität Rechnung getragen werden. Die angemessene Weiterentwicklung des historisch gewachsenen Ortskerns birgt ein hohes Potential und bildet einen wichtigen Baustein für die weitere Entwicklung des gesamten Stadtteils Münchingen. Wir begrüßen, dass nun im Rahmen einer Satzung die gestalterischen Möglichkeiten aufgezeigt und städtebauliche Qualität gesichert

werden sollen. Wir halten es auch für richtig, sensibel und behutsam zu agieren und nur regulierend einzugreifen, wenn dies zum Schutz des Ortsbildes erforderlich ist. Die Akzeptanz der Bürgerschaft und private Initiativen sind Voraussetzungen, um die erhofften Ergebnisse erreichen können.

Wir halten es für ein wichtiges Signal, dass in den aktuellen Haushalt eine Planungsrate für die Straßenraumgestaltung im Bereich der **Markgröninger Straße** eingestellt worden ist; damit wird eine auch von unserer Fraktion im Rahmen der letztjährigen Beratungen artikulierte Forderung erfüllt. Im Zuge der weiteren Umsetzung muss es unser Ziel sein, bestehende bauliche Defizite zu beseitigen, die von den betroffenen Bürgern beklagten Missstände und neuralgischen Punkte zu korrigieren und eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

Nachdem in der Hauptstraße in Münchingen in ortseinwärtiger Richtung eine stationäre Anlage für Geschwindigkeitsmessungen installiert worden ist, beklagen insbesondere die Anwohner in der Korntaler Straße und der Kronenstraße sowie der angrenzenden Bereiche aus unserer Sicht zu Recht erhebliche Beeinträchtigungen durch eine deutliche Zunahme der Fahrzeugbewegungen, da die motorisierten Verkehrsteilnehmer einer Geschwindigkeitsmessung ausweichen und sich der Verkehr - korrespondierend hierzu - in die Korntaler Straße und die Kronenstraße verlagert.

Um die Belastungen für die Anwohner der betroffenen Straßen nachhaltig und effizient zu reduzieren und die weder gewünschte noch beabsichtigte Verlagerung der Verkehrsströme - soweit möglich - zu korrigieren, erscheint es nach unserer Auffassung geboten und veranlasst, die **stationäre Anlage für Geschwindigkeitsmessungen** vor den Einmündungsbereich der Korntaler Straße in die Hauptstraße zu verlegen. Zwar ist mit der Umsetzung ein gewisser technischer Aufwand verbunden; auch das Ortsschild und auch die die Geschwindigkeitsbeschränkung anordnende Verkehrszeichen müssen versetzt werden. Gleichwohl sehen wir nach einer umfassenden Abwägung aller Belange keine tragfähige Alternative zu der hier beantragten - auch juristisch umsetzbaren - Lösung.

Auf dem **Albert-Buddenberg-Areal** haben zwischenzeitlich eine Sportkindertagesstätte, die Kernzeit- und Hortbetreuung, der Musikverein Münchingen und der Jugendtreff eine Heimat gefunden, nachdem die aus einem Wettbewerb hervorgegangene Planung aus einer ganzen Reihe von Gründe wiederholt durchgreifend geändert worden ist. Die Entscheidung über den Bau einer Mensa als vorerst letzten Baustein dieses Zentrums sehen wir im Zusammenhang mit der übergeordneten kommunalen Schulentwicklungsplanung.

Es erscheint nach unserer Auffassung veranlasst, die **städtebaulichen Rahmenpläne für Kallenberg und für Müllerheim** zu **aktualisieren und der Entwicklung anzupassen**. Ein zentrales Anliegen muss in diesem Zusammenhang sein, der Gemengelage zwischen gewerblicher Nutzung und angrenzender Wohnbebauung angemessen Rechnung zu tragen, **Konfliktpotentiale zu entschärfen** sowie die Beeinträchtigungen durch den Straßenverkehr zu reduzieren. Im Kallenberg ist im vergangenen Jahr eine Entwicklung in Gang gekommen; der **Sanierungsprozess** hat durchaus Fortschritte gemacht. Mögliche Veränderungen

dürfen sich jedoch nicht in unvertretbarer Weise zu Lasten der Wohnbevölkerung auswirken. Dieser Aspekt muss bei der baurechtlichen Prüfung künftiger Vorhaben stärker in den Vordergrund rücken.

Unsere Kommune ist gesetzlich verpflichtet, für die Unterbringung von Obdachlosen und Asylbewerbern zu sorgen; ein Entscheidungsspielraum steht uns insoweit nicht zur Verfügung. Wir können uns auch aus humanitären Gründen der Aufnahme von syrischen Familien nicht verschließen, die wegen ihres Glaubens dort verfolgt werden und hier eine Bleiberecht genießen. Um eine rasche Integration ermöglichen zu können, halten wir eine möglichst dezentrale Unterbringung für sinnvoll. Dieses Verfahren muss transparent, offen und mit einer frühzeitigen Beteiligung der Bürger gestaltet werden, um eine breite Akzeptanz zu schaffen.

Der Strohgäubahn kommt als Direktverbindung zwischen den beiden großen Ortsteilen eine zentrale Bedeutung für unsere Stadt zu. Eine ernsthafte Alternative zum schienengebundenen Personennahverkehr steht sowohl unter verkehrspolitischen als auch unter ökologischen Aspekten nicht zur Verfügung. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, die Strohgäubahn nachhaltig attraktiver zu gestalten. Wir werden aus diesem Grund auch weiterhin energisch auf eine Durchbindung der Strecke von Korntal bis Feuerbach drängen. Dieser Streckenabschnitt ist entgegen aller wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Vernunft gekappt worden. Da die Entlastungsfunktion der Strohgäubahn ersatzlos weggefallen ist, reicht während des Berufsverkehrs das Platzangebot nicht mehr aus und in den Zügen der Linie S 6 herrscht teilweise eine - für die Fahrgäste kaum mehr hinnehmbare - drangvolle Enge.

Auch das umlagefinanzierte **Buskonzept „Strohgäu“** muss nach unserer Auffassung optimiert und stärker an den Bedarf und die Wünsche der Nutzer angepasst werden.

Wir registrieren im Bereich der dem **Einzelhandel** und dem **Gewerbe** zur Verfügung stehenden Flächen eine Zunahme an Leerständen; dieser bedenklichen Entwicklung muss - im Rahmen unserer Möglichkeiten als Kommune - Einhalt geboten werden. Wir halten es als flankierende Maßnahme für sinnvoll und geboten, die Parkraumsituation im Bereich der Hauptstraße in Münchingen zu optimieren, die Erreichbarkeit der im Ortskern gelegenen Geschäfte und Praxen zu verbessern und die **Einkaufssituation attraktiver** zu gestalten. Da der Parkplatz gegenüber dem Widdumhof zunehmend von Dauerparkern in Anspruch genommen und blockiert wird, erscheint es angezeigt, für eine Reihe der eingezeichneten Stellplätze während der Geschäftszeiten eine Parkscheibenregelung anzuordnen und Kurzzeitparkern zur Nutzung für die Dauer von bis zu zwei Stunden zur Verfügung zu stellen.

Es stellt eine zentrale Aufgabe dar, mit einer weitsichtigen **Wirtschaftsförderung** eine möglichst krisenfeste und solide wirtschaftliche Struktur zu schaffen. Ein ausgewogener und gesunder Branchenmix bildet nach unserer Auffassung die Voraussetzung, um dieses Ziel erreichen zu können. Wir wollen keine Monostruktur mit hieraus resultierenden - möglicherweise verhängnisvollen - Abhängigkeiten und Konsequenzen.

Wir müssen mit dem Eigentum und dem Vermögen der Stadt sorgsam umgehen und nachhaltig planen. In diesem Zusammenhang erscheint es uns erforderlich, zunächst in Form eines Berichts belastbare Informationen über den Zustand der im Eigentum der Stadt stehenden Liegenschaft Korntaler Straße 2 in Münchingen zu erhalten. Wir müssen klären, ob und zu welchem Zweck das Grundstück und das Gebäude künftig genutzt werden können und zur Erfüllung kommunaler Verpflichtungen im Bestand gehalten werden sollen oder eine Veräußerung aus wirtschaftlichen Gründen vorzugswürdig erscheint.

Konrad Adenauer hat den Satz geprägt: „Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont“. Wir sind der Auffassung, dass im Rahmen einer fairen und sachlichen Auseinandersetzung unterschiedliche Standpunkte und Sichtweisen sowie abweichende Wahrnehmungen und divergierende Einschätzungen unverzichtbare Elemente sind, um ausgewogene und tragfähige Lösungen erarbeiten zu können. Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Wir wünschen uns zum Wohle unserer Stadt konstruktive und zielführende Diskussionen in einer von gegenseitigem Respekt geprägten Atmosphäre. Wir freuen uns immer, wenn wir unsere Ansätze und Gedanken - ob nun bei der Verwaltung oder anderen Fraktionen - wiederfinden, auch wenn gelegentlich unsere Urheberchaft verschwiegen wird. Hierbei ist es unsere Aufgabe, in diesem Gremium kontrovers und konstruktiv zu diskutieren; ein ständiges - mitunter die Fakten und die Realität außer Acht lassendes - Nachkarten im Amtsblatt oder über die Presse erscheint hier wenig hilfreich.

Unser Ziel wird auch in Zukunft sein, **sozial ausgewogene und nachhaltige Lösungen für die anstehenden Probleme zu entwickeln** sowie mit einer **soliden Haushaltspolitik und mit Augenmaß die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern und das Erreichte zu bewahren**.

Mein ganz besonderer Dank gilt auch dieses Jahr wieder unserem Kämmerer sowie seinem Stellvertreter, die mit herausragender fachlicher Kompetenz und vorbildlichem Engagement die Haushaltsberatungen vorbereitet und das Gremium bei der Erörterung der sehr komplexen Sachverhalte immer fair und konstruktiv begleitet haben. Dieser Dank schließt die Mitarbeiter der Kämmerei ausdrücklich ein.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan für das Jahr 2014 und den hiermit verbundenen Planwerken trotz erheblicher Bedenken zu; wir hoffen, dass uns gemeinsam die dringend erforderliche Kurskorrektur gelingen wird. Die mittelfristige Finanzplanung nehmen wir mit großer Besorgnis zur Kenntnis.

Für die Fraktion der SPD
Egon Beck

Fraktionsvorsitzender

**Stellungnahme der Fraktion der Grünen zum Haushalt
2014 der Stadt Korntal-Münchingen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister ,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

-es gilt das gesprochene Wort-

der vor uns liegende Haushaltsplan und die Finanzplanung der Stadt sind – um es gleich zu sagen -katastrophal. Trotz einer sehr guten Einnahmesituation haben wir:
2,2 Mio € Zuführung aus dem Vermögenshaushalt
7,5 Mio € Entnahme aus der Rücklage
4 Mio € Kreditaufnahme

und in der mittelfristigen Finanzplanung sind weitere Kreditaufnahmen in Höhe von jährlich 3-4 Mio € bis 2017 vorgesehen, dabei wird auch unsere Rücklage komplett aufgebraucht. Geplant ist die völlige Verschuldung der Stadt Korntal-Münchingen bis 2017.

Meine Damen und Herren, ich möchte sagen, das ist Alarmstufe rot. Deutlicher könnten die Zahlen des Kämmerers uns nicht sagen, dass es so nicht weitergehen kann.

Umso verwunderlicher, dass die Mahnrufe nicht schon in der Rede des Bürgermeisters bei der Einbringung gesendet wurden. Umso erstaunlicher auch, dass trotzdem noch nach der Einbringung weitere millionenschwere Projekte nachgeschoben wurden, die angeblich ebenso unverzichtbar sind, wie alles andere.

Wie kann es ein, dass wir nach zwei hervorragenden Haushaltsjahren 2012 und 2013 in ein solches Loch rutschen konnten?

Fest steht, dass wir seit Jahren unsere vorhandene Infrastruktur vernachlässigen und deshalb jetzt massiv in diesen Bereich investieren müssen für Brandschutz, energetische Sanierungen und normale Instandhaltung. Anstatt hier zu investieren, werden immer wieder neue Projekte angefangen.

Neubau weiterer Infrastruktur zum Beispiel im Bereich des Krippen – und Kindergartenausbaus braucht im Betrieb ebenfalls zusätzliches Geld, allein für diesen Bereich machen wir ca. 3 Mio € locker. Es ist selbstverständlich, dass der Betrieb der Einrichtungen Geld kostet. Allein, es wurde nicht darüber geredet und vor allem wurde die Finanzierung nicht auf solide Beine gestellt wie wir heute sehen. Die Zahlen des Haushaltsplans müssen dazu führen, dass endlich grundsätzliche Entscheidungen gefällt werden, was unsere Kommune finanzieren kann und was eben auch nicht. Eine solche Entscheidung hätte eigentlich schon im Rahmen dieser Beratung fallen müssen – aber die Verwaltung hat diesen Schritt leider nicht gewagt. Stattdessen wird so getan, als wäre das ein Haushalt wie immer, der sich eben schon wieder einrenken werde. Das bereitet uns große Sorge.

Wir Grünen meinen, dass Prioritäten gesetzt werden müssen und haben dies in den vergangenen Jahren regelmäßig gefordert.

Dabei haben wir eine ganz klare Reihenfolge: Wir wollen das Ehrenamt weiterhin unterstützen und wir setzen uns ein für Bildung inkl. Kinderbetreuung und Klima – und Umweltschutz:

Wir stehen hinter dem kostenintensiven **Ausbau der Kleinkindbetreuung** und dem **Ausbau des Ganztagsangebots**. Um weiterhin junge Familien hier zu halten, ist

dies ein Standortfaktor, der stark ins Gewicht fällt bei einer Entscheidung zugunsten des Wohnens in Korntal-Münchingen.

Direkt zu diesem attraktiven Wohnumfeld – nicht nur für junge Familien sondern für alle Generationen – gehört das **breite Angebot unsere Verbände und Vereine**. Dass hier am Ort und fußläufig eine Vielzahl von unterschiedlichen Möglichkeiten im Bereich Bildung, Musik, Kultur, Sport, Umweltschutz, Senioren- und Kinderangeboten und vieles mehr vorhanden sind, ist eine hohes Gut, das wir auf jeden Fall erhalten und pflegen sollten. Getragen wird dies alles von unseren ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern - also sozusagen von Bürgern für Bürger. Diese Struktur zu der auch unsere Musikschule und die Volkshochschule gehört, muss erhalten bleiben und wir meinen, dass wir dies auch weiterhin fördern müssen.

Auf der anderen Seite stellt sich allerdings die Frage, ob wir uns die teuren städtischen Einrichtungen wie z.B. das Freizeitbad oder die Stadthalle weiter leisten können. Im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement möchte ich auch unsere freiwillige Feuerwehr erwähnen, die der Stadt unersetzliche Dienste leistet, die hauptamtlich nicht bezahlbar wären. Die Nachwuchssorgen der Feuerwehr teilen wir, so dass wir beantragt haben, dass eine Werbekampagne der Stadt für die Feuerwehr initiiert wird. Wir wünschen uns, dass auf hier ansässige Unternehmer und Betriebe zugegangen wird, um dort Mitglieder zu requirieren und dass auch in Schulen verstärkt für die Jugendfeuerwehr geworben wird.

Wir Grünen setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stadt sich im Bereich **Klima- und Umweltschutz** engagiert und dies bei allen Projekten berücksichtigt. Das ist allerdings von Anfang an ein schwieriges Unterfangen. Angesichts immer weiter steigender Energiepreise hatten wir die Hoffnung, dass energetische Sanierung, der Ausbau der Nahwärmenetze oder der Einsatz erneuerbarer Energien ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Tatsächlich ist praktisch nichts passiert. Wir haben zwar erreicht, dass es ein kommunales Energiemanagement gibt und dass ein Teilklimaschutzkonzept zur Sanierung der städtischen Gebäude erstellt wird. Inzwischen gibt es sogar ein integriertes Klimaschutzkonzept mit Leitlinien für die Stadt und einen Klimamanager, der drei Jahre Zeit hat, Maßnahmen umzusetzen. Aber bislang wird dennoch kaum investiert, um endlich Einsparungen bei den Betriebskosten zu erreichen. Wir haben deshalb beantragt, dass die Kommune sich am Förderwettbewerb „Klimaschutz mit System“ der Landesregierung beteiligt. Dort haben wir die Chance für ein Projekt wie zum Beispiel den Ausbau des Nahwärmenetzes erhebliche Fördersummen der Landesregierung zu erhalten. Vielleicht wird es ja damit möglich sein, endlich einen Schritt weiter zu kommen. Im Bereich **energetische Sanierungen** im Zusammenhang mit Instandhaltung wird unsere Ansicht nach viel zu wenig gemacht. Da Instandhaltungsmaßnahmen von der Verwaltung ungern eingepreist und deshalb oft verschoben werden (siehe die überfällige Sanierung des Gymnasiums), kommt natürlich auch die energetische Sanierung der Gebäude zu kurz. Dabei rechnet sich das durch sinkende Betriebskosten und amortisiert sich nach einigen Jahren - im Gegensatz zu Straßenbaumaßnahmen, für die offenbar immer Geld vorhanden ist. Unser Antrag, auf den Ausbau der Tampoprintkreuzung angesichts der Haushaltslage zu verzichten und 350.000€ einzusparen ist leider auf taube Ohren gestoßen. Offenbar ist der Aufenthalt im Auto und auf der Straße wichtiger, als der Aufenthalt in einem städtischen Gebäude.

Dass der Instandhaltung der Gebäudesubstanz nicht entsprechend Rechnung getragen wird, rächt sich jetzt. Wäre der Gebäudeunterhalt kontinuierlich im Haushalt veranschlagt und auch durchgeführt worden, würde der Berg nicht immer größer werden. Dieses Problem haben wir zum Beispiel beim Brandschutz, bei dem der Handlungsbedarf schon seit Jahren besteht und die Kosten absehbar waren.

Zum Klima- und Umweltschutz möchten wir aber auch den **Flächenschutz** zählen. Dazu gehört, dass die Innentwicklung vorangetrieben wird, damit auf Neubaugebiete verzichtet werden kann. Flächenschutz und Innentwicklung gehören zum Umweltschutz, aber das Thema spielt auch für die Attraktivität unserer Stadt eine wichtige Rolle.

Innenentwicklung ist der Schlüssel für eine lebenswerte, belebte und funktionierende Stadt. Kurze Wege, gute Einkaufsmöglichkeiten, attraktive Aufenthaltsplätze und ein ausgebauter öffentlicher Nahverkehr gehören zur Innenentwicklung. Wir haben daher einen Sachstandsbericht über die Maßnahmen gefordert, zudem auch ein Bericht über die Leerstände gehört. Wir wollen außerdem den Bürgerbus noch attraktiver gestalten mit Jahrestickets und besser sichtbaren Fahrplänen. Die Ansiedlung des Vollsortimenters in der **Korntaler Stadtmittle** ist ein wesentlicher Baustein für die Innenentwicklung von Korntal. Dieses Projekt muss zügig weiter voran getrieben werden.

Mit dem **Ortskern Münchingen** beschäftigen sich Verwaltung und Gemeinderat schon länger. Der Rahmenplan für die Ortskerngestaltung ist auf den Weg gebracht sowie die Entwicklung einer Gestaltungssatzung.

Wir Grünen sind überzeugt, dass für die konsequente Umsetzung aller dieser Maßnahmen unsere Bauverwaltung ziemlich ausgelastet wäre. Schließlich braucht Innenentwicklung städtisches Personal, das sich um viele Einzelangelegenheiten kümmert, das berät und als Ansprechpartner da ist und das nicht zuletzt auch Gestaltungsvorstellungen durchsetzt und überprüft. Unserer Ansicht nach sind diese personellen Ressourcen nicht vorhanden.

Und obwohl die Bauverwaltung schon diese Aufgabe nicht leisten kann, wird parallel dazu noch auf die Ausweisung neuer Wohn – und Gewerbegebiete gesetzt. Massiv wird derzeit der Flächenschutz in Frage gestellt. Mit dem Beschluss für das Baugebiet Korntal-West, das der Bürgermeister als neues zusätzliches Projekt wieder aufgerufen hat, wird vom Weg der Innenentwicklung und des Flächenschutzes abgewichen.

Als nächstes kommt nun die Diskussion um einen regionalen Gewerbeschwerpunkt an der A81, den niemand will, der aber von der Verwaltung unter dem Vorwand von möglichen Gewerbesteuerereinnahmen protegiert wird. Und im Flächennutzungsplan, der derzeit überarbeitet wird, sind noch weitere Wohn- und Gewerbeflächen vorgesehen.

Zu den angeblichen **Gewerbesteuerereinnahmen** möchte ich noch einen Satz sagen: Diese Einnahmen schwanken über die Jahre hinweg sehr stark. Zum Beispiel hatten wir im Jahr 2009 ca. 12 Mio € Einnahmen, ein Jahr später nur noch 8,3 Mio €. In 2008 hatten wir 11 Mio € Einnahmen – ebensoviel wie wir für 2014 prognostizieren. Daran lässt sich unschwer erkennen, dass die Höhe der Gewerbesteuerereinnahmen nicht von der Anzahl an Neubauf lächen abhängt, sondern vor allem von der wirtschaftlichen Lage und der Konjunktur. Wer also behauptet, neue Gewerbegebiete wären gleichbedeutend mit höheren Einnahmen, dem kann ich die Kurven in den Haushaltsplänen nur wärmstens ans Herz legen. Sie sollten die Verfechter dieser Ideologie eines besseren belehren. Aus unserer Sicht ist es deshalb geradezu

verantwortungslos, die städtischen Finanzen auf mögliche neue
Gewerbesteuereinnahmen in neuen Baugebieten zu stützen.

An dieser Stelle möchte ich die Neujahrsrede unsere Bürgermeisters in Erinnerung
rufen, in der er die Frage nach dem weiteren Wachstum der Stadt gestellt hat.

In der Tat: Es ist an der Zeit, ins Grundsätzliche zu gehen und zu fragen, ob ein
weiteres rein quantitatives Wachstum noch Sinn macht - oder unserer Stadt schadet.
Die Diskussion muss endlich darüber geführt werden, was der Preis des Wachstums
ist: zusätzliche Flächenversiegelung, zusätzlicher Verkehr, mehr Lärm, weniger
Naherholung, Verlust von Natur und ein großes Loch im städtischen Haushalt?
Wer bezahlt denn die Flächen, die alle angekauft werden müssen, wer finanziert
denn die Infrastruktur, die für die Ansiedelung nötig ist? Es sind unsere Bürgerinnen
und Bürger, die ab sofort dafür mit Ihrem Steuergeld bezahlen – das Geld, das dann
nicht mehr für andere Dinge zur Verfügung steht.

Auf was müssen die Bürgerinnen und Bürger dafür verzichten? Da die Stadt sich laut
Haushaltsplan verschuldet in den nächsten Jahren und im Grunde nichts mehr
finanzieren kann, werden wohl alle möglichen städtischen Einrichtungen und
Freiwilligkeitsleistungen auf den Prüfstand kommen. Ist es das wert? Neue
Baugebiete und keine attraktive Stadt mehr? Neue Gewerbegebiete, die vielleicht in
vielen Jahren - wenn überhaupt - Einnahmen bringen, wenn schon alle Einrichtungen
geschlossen wurden?

Ehrlich gesagt fehlt uns Grünen das Verständnis dafür, dass seitens der Verwaltung
keine konsequente Folgenabschätzung stattfindet und einfach weiter auf das tote
Pferd Wachstum durch Außenentwicklung gesetzt wird. Und auch das hat zur Folge,
dass der Haushaltsplan so aussieht wie er aussieht: Folgekosten werden nicht
berücksichtigt und führen zur Explosion der jährlichen Ausgaben sowie langfristig zur
völligen Verschuldung der Stadt.

Nicht eingegangen bin ich auf viele weitere Projekte, die nun scheinbar ganz plötzlich
auf uns zukommen wie zum Beispiel die Sanierung der Stadthalle für viele Millionen,
mit der dieses Jahr begonnen werden soll. Oder der geplante Bau eines neuen
Obdachlosen – und Flüchtlingsheims ohne, dass bislang über die Konzeption des
Ausbaus von Obdachlosenunterkünften öffentlich diskutiert wurde.

Was wir bräuchten wäre endlich ein nachhaltiger Umgang mit allen unseren
Ressourcen. Mit den Flächen, mit dem Personal, mit unserer Umwelt, mit der Kraft
unserer Bürgerinnen und Bürger und vor allem mit unseren Finanzmitteln. Dabei
könnten die vielen Konzeptstudien, Planungen und Wettbewerbe, die die Verwaltung
beauftragt, eine Hilfestellung sein. Allein das entbindet die Stadt nicht davon, auch
Entscheidungen zu treffen.

Liebe KollegInnen und Kollegen: Ich habe diesmal nur ein paar wenige Punkte
herausgegriffen, die aber aufzeigen, wie schwierig die Situation geworden ist.

Der Haushaltsplan zeigt uns auf, dass wir am Ende unseres Wachstums
angekommen sind und dass die Alarmglocken nicht gehört wurden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir sind in großer Sorge, wie es mit der Stadt
Korntal-Münchingen weitergehen wird.

Dem Kämmerer und seinem Team danken wir für die umfangreiche Arbeit – und für
die ehrlichen Zahlen, die im Plan stehen.

Zusammenfassend sind wir Grünen der Meinung, dass dieser Haushaltsplan wie er heute vor uns liegt so nicht tragfähig ist. Wir können dem Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung deshalb in diesem Jahr nicht zustimmen.

Vielen Dank

Für die Fraktion der Grünen
Eva Mannhardt

Fraktionsvorsitzende

Stellungnahme der Fraktion Freie Wähler zum Haushalt 2014 der Stadt Korntal-Münchingen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Wolf, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,
„Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben“. So zitierte unser Bürgermeister das bekannte Zitat von Manfred Rommel in seiner Haushaltsrede und fährt fort: Realismus ist „Geld, das man nicht hat, nicht auszugeben“ - und rückt damit dem Credo der Freien Wähler schon recht nahe.

2013 haben wir viel erreicht und geschaffen.

So haben wir auf die Gesetzesvorgabe aus Berlin zur Kleinkindbetreuung mit der Herkulesaufgabe – dem Bau von 5 Kinderkrippen- reagiert. Der notwendigen Schuldenaufnahme von 2,5 Mio. € für diese außergewöhnliche Aufgabe haben die Freien Wähler im Haushalt 2013 zugestimmt.

Doch weil die Rekordjahre 2012 und 2013 viel Geld in die Kassen gespült haben, konnten wir manche markante Kostensteigerung bei den Projekten fast „aus der Portokasse“ bezahlen und nebenher sogar noch unsere Rücklagen erhöhen, wohl auch deshalb, weil die Sanierung des Gymnasiums schon damals verschoben wurde.

Höhere Steuereinnahmen bedeuten auch erhöhte Kreis- und Landesumlagen, welche aber erst 2 Jahre später –meist antizyklisch- wirksam werden. Deshalb treffen uns die, bezogen auf das vergangene Jahr um 2,9 Mio. € höheren Umlagen für 2014 zwar hart, aber keineswegs unerwartet.

2014 und in den Folgejahren sehen wir uns dagegen in einer äußerst schwierigen Situation. Gewaltige Ausgaben kommen auf uns zu – u.a. auch für die Sanierung des Gymnasiums- weshalb unsere Rücklagen bis 2017 um 11 Mio € auf das gesetzliche Minimum von 1,1 Mio. € abschmelzen und die geplante Verschuldung um 10 Mio € auf knapp 19 Mio € ansteigen werden – so ist zumindest der Plan.

Die Schlagzahl der Verwaltung ist ungebrochen hoch, nach unserer Meinung viel zu hoch, und wird zum Sommer hin nochmals ansteigen. Kurzfristig erkannte Dringlichkeiten verändern langfristige Planungen.

Bei dieser Themenfülle und der Beratungsdichte können wir nicht optimal vorbereitet sein und in unserer Verantwortung für die Bürger sicherstellen, dass Dringlichkeit, Sorgfalt, Qualität und Passgenauigkeit stimmen und gleichzeitig auch die Kosten optimiert werden.

Auch erleben wir die Beauftragung zahlreicher „Konzepte und Entwürfe“, welche dann bis zur tatsächlichen Umsetzung oft nicht mehr den aktuellen Stand oder Bedarf reflektieren.

Nur wenn wir uns bei der Ausgestaltung der einzelnen Projekte auf den wirklich dringend gebotenen Umfang und das absolut notwendige Maß beschränken, können wir uns von dem geplanten Schuldenaufbau abkoppeln.

Auf der anderen Seite haben wir durch die Änderung der Hauptsatzung im Dezember 2013 mehrheitlich die Befugnisse des Bürgermeisters bei der Auftragsvergabe stark erhöht und somit keine direkte Kostenkontrolle mehr. Eine damals sehr umstrittene Entscheidung, deren Auswirkung wir aufmerksam und kritisch beobachten müssen.

Nach der Finanzkrise hatte der Bürgermeister 2009 die Einweihung der Realschulmensa als das letzte große, öffentlich leistbare Projekt in unserer Stadt erachtet.

Doch inzwischen hat sich Korntal zu einer Großbaustelle entwickelt.

Stadtmitte Korntal, Korntal-West, Rathaus Korntal, Gymnasium, Bahnhofsareal, Mehrgenerationenhaus Korntal, KiTa Stettiner Str., Kinderhaus Saalstraße, Sanierung Sportplatz Korntal (2.ter Teil) entsprechen eigentlich schon dem Machbaren einer mittelgroßen Stadt.

Parallel dazu gab es noch die Krippe im Kallenberg und den Sportkindergarten mit integriertem Jugendhaus in Münchingen.

Weitere Projekte und Sanierungen (Rathaus, Stadthalle) haben wir auf dem Finanz-Radar nach 2017 verschoben, wenngleich sie aufgrund der langen Planungsdauer auch heute schon in unserem Bewusstsein präsent sind.

Falls es nicht gelingt, die Investitionsmittel für die zahlreichen Projekte im Vorfeld zu begrenzen und Kostenerhöhungen während der Projektphase nicht mehr zuzulassen, wird dies letztendlich zu erheblichen Abstrichen an unseren Freiwilligkeits-Leistungen führen (müssen).

Betrachten wir zunächst die Personalsituation

Alevo hat 2012 die Stellensituation der Verwaltung untersucht und eine Strukturänderung sowie auch einen moderaten Stellenaufbau vorgeschlagen, welcher in etwa einer Stadt mit 25 000 Einwohnern entspricht, aber letztendlich der komplexeren Verwaltung unserer Doppelstadt geschuldet ist. Damit leben wir etwas über unsere Verhältnisse.

Im Nachklang hat Alevo 2013 auch eine Stellen-Neubewertung durchgeführt und damit weiteren Einfluss auf unsere Personalkosten genommen. Obwohl wir also laut Alevo unsere Sollstärke in der Kernverwaltung haben, gab es zum Haushalt 2014 bereits weitere Stellenanträge der Verwaltung.

Wir müssen uns also die Frage stellen, welche Leistungen der Verwaltung

„historisch“ oder strukturell bedingt sind und heute vielleicht nicht mehr (zwangsweise) mit dem ursprünglichen Nachdruck umgesetzt werden müssten.

Der Bürgermeister sprach sowohl bei der Neujahrsansprache wie auch in seiner Haushalts-Rede über die Notwendigkeit, Freiwilligkeitsleistungen in unserer Stadt zu überdenken und langfristig auf das leistbare Maß zurückzuführen.

Es bleibt abzuwarten, ob wir den Spagat zwischen den Abstrichen im freiwilligen Bereich und den – nach wie vor hohen - Erwartungen bei unseren Bauprojekten schaffen.

Wir sehen diesen Spagat aber als Hauptaufgabe des neu zu wählenden Gemeinderats.

Nun ein Blick auf einzelne wichtige Bereiche

Erschien die Aufgabenstellung der Kleinkindbetreuung 2012 noch als riesiger Berg, so haben wir hier die größten Anstrengungen gemeistert. Fast alle 5 neuen Krippenbereiche sind fertig gestellt, und die Stadt kann der Forderung nach Betreuungsplätzen in allen Stadtteilen nachkommen. Und darauf können wir stolz sein.

Nun muss sich zeigen, ob die vom Fachbereich ermittelten -und nachträglich reduzierten- Bedarfszahlen passen oder ob sich doch ein höherer Bedarf einstellt, wie die Freien Wähler vermutet haben.

Eine große Herausforderung wird die Schulentwicklungsplanung für dieses Jahr sein. Die Stadt hat schon immer einen Schwerpunkt auf ihre Schullandschaft gelegt, doch diese Landschaft verändert sich gewaltig.

Dabei wird es auch um die Frage gehen, in welchem Umfang wir an unseren Schulen Ganztagesunterricht anbieten.

Dies ist eng gekoppelt mit der Kernzeit- und Hortbetreuung, die in unserer Stadt einen sehr hohen Zuspruch erfährt, auch wegen des flexiblen Angebots für die Nutzer. Mit diesem freiwilligen Angebot der ganztägigen Betreuung für Grundschüler haben wir de facto schon ein Ganztages-Grundschulangebot. Auch wenn wir es (noch) nicht so nennen, denn es handelt sich natürlich um ein freiwilliges Angebot. Als freiwilliges Angebot kostet uns die Kernzeit- und Hortbetreuung ca. 600 000 €, als verbindliche Ganztagesesschule wird sie vom Land finanziert. Diese Überlegungen sollten wir in unsere Entscheidung natürlich auch mit einfließen lassen.

Gerade noch haben wir die Verlagerung der Strohgäuschule beschlossen und mit der Zusammenlegung der beiden Hauptschulen in die Flattichschule eine zukunftsfähige Werkrealschule des neuen Typs in unserer Stadt eingerichtet, da ereilt diese Schulform das politisch gewollte AUS der neuen Landesregierung. Unser dringendes Anliegen muss sein, an der Flattichschule mehr als nur die Grundschule anzubieten.

Am Schulstandort Münchingen ist die Zukunftsfrage der Flattichschule eng mit der zu bauenden Mensa verbunden. Die provisorischen Mensabetriebe in Buddenberghalle und Widdumhof sind nicht zukunftsfähig, genauso wenig wie die Nutzung der Buddenberghalle aus dem Jahre 1956 als Sporthalle für die Schüler.

Gymnasium und Realschule haben eine hohe Akzeptanz bei vielen Schülern und Eltern auch aus den umliegenden Kommunen und sprechen durch ihre Profile und ihre Ausrüstung für sich. Beide Schulen sind an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt.

Die Schulentwicklungsplanung legt auch ein Augenmerk darauf, wohin sich unsere Schülerzahlen entwickeln. Noch haben wir in unserer Stadt stabile Schülerzahlen, doch der Trend ist sinkend. Doch was geschieht bei einer stärkeren Stadtentwicklung ?

Unser Ziel muss es sein, dass jeder unserer Schüler in unserer Stadt eine angemessene und seinen Fähigkeiten entsprechende Schule findet und einen passenden Abschluss machen kann.

Die Mitte Korntals ändert ihr Gesicht. Der „Neue Edeka“ mit anspruchsvollen 1500 QM Verkaufsfläche sichert mehr als nur die Nahversorgung. Über der Geschäftsfläche entstehen in zentraler Lage auf 3 Etagen weit über 3000 QM Wohnfläche. Ein Stockwerk mehr als geplant.

Doch diese neue Mitte gibt es nicht umsonst. Grundstücks- und Gebäudeerwerb sowie die Verschwenkung der GÖrdelerstraße mit der Verlegung aller bestehenden Versorgungsleitungen belasten den städtischen Haushalt gewaltig.

Der erzielte Verkaufspreis ist leider nicht mit den möglichen Erlösen des Investors aus dem hochwertigen Wohnbauprojekt gewachsen. Insofern ist die ursprünglich avisierte „rote Null“ wohl schon jetzt Makulatur.

Die „Neue Mitte Korntal“ ist aber sowohl aus städteplanerischer Sicht wie auch wegen der innerstädtischen Verdichtung ein durchaus begrüßenswertes und gelungenes Projekt. Das unterirdische Regenrückhaltebecken, welches bei der „Alten Feuerwehr“ zum Schutz vor Hochwasserschäden entsteht, ist aufwendig, notwendig und richtig.

Neben der Innenentwicklung benötigt Korntal aber auch die Außenentwicklung. Die Freien Wähler stehen zum Baugebiet „Korntal-West“ mit dem ursprünglichen Ziel, für junge Familien, aber auch für ältere Mitbürger den notwendigen und bezahlbaren Wohnraum mit guter Infrastruktur zu schaffen – und kein teures und elitäres Öko-Modellgebiet.

Korntal-West ist schon aus demographischer Sicht für Korntal ein zwingend notwendiges Projekt.

Noch haben wir Geduld beim Erwerb der notwendigen Flächen, wenngleich sich die ersten Familien aufgrund fehlender Planungssicherheit bereits umorientieren. Wir sehen aber auch Alternativen des Gemeinderats. Denn das für die Stadt so wichtige Projekt darf nicht scheitern.

Nach jahrelangen Diskussionen zeichnete sich im vergangenen Jahr für das brachliegende Bahnhofsgelände eine Lösung ab. Zwar verzögert sich der Baubeginn für die vielversprechenden Pläne wegen eines Investorwechsels beim Auftraggeber LIDL nochmals, aber der Discounter mit darüber liegendem Wohnkomplex wird das Stadtbild an dieser Stelle aufwerten und die komplexe Situation in der Johannes-Daur-Straße entspannen. Erfreulich, wenn auch nicht immer selbstverständlich, ist die Tatsache, dass der Investor die gesamten Projektkosten selbst trägt.

Das nächste große Loch reißt der Brandschutz für die Stadthalle in die Haushaltskasse. Allein die dringend erforderlichen Brandschutzmaßnahmen – ohne deren Umsetzung der Kulturbetrieb eingestellt werden müsste – schlagen zunächst mit ca. 450 000 € zu Buche.

Überrascht waren wir von der Ankündigung des Bürgermeisters bei der Neujahrsansprache, dass bereits über die grundsätzliche Sanierung der Stadthalle nachgedacht würde, deren Umfang mit ca. 3,5 Mio. € beziffert werden.

Tatsächlich sehen wir für eine Sanierung der Stadthalle keinen finanziellen Spielraum. Zumal ein anderes intensiv genutztes Gebäude wie die Buddenberghalle – sowohl als Versammlungshalle, Sporthalle und Mensa für die Flattichschule und den Hort - seit ihrem Bau 1956 unsaniert in der ursprünglichen Bauweise klaglos ihren Dienst tun muss.

Am Gymnasium Korntal sollte 2014 die Generalsanierung mit dem Hauptklassentrakt fortgeführt werden. Völlig überrascht hat der Gemeinderat im Januar 2014 von der erneuten Verschiebung erfahren.

Tatsächlich war die Taktung eng und der Zeitplan sehr knapp. Zudem ist der Umfang der Sanierung stetig gestiegen. Das „Zeitfenster Schulferien“ für die Ausführungen der Bauarbeiten ist extrem eng. All das war bekannt. Schuldzuweisungen machen wir hier nicht – doch verschiedene Anregungen, Argumente und Anträge der Freien Wähler zum besseren Vorgehen wurden vom Gremium abgelehnt.

Seit 2012 sind die erwarteten Kosten für die Sanierung des Hauptklassentrakts wegen weitergehender Planungen zur EnergieEinsparverordnung 2016, aber auch wegen der Ausstattung erheblich gestiegen und gehen nach unserer Meinung über das vertretbare Maß hinaus.

Für das Obdachlosenheim ist die dringend notwendige Sanierung und Modernisierung wiederholt verschoben worden. Jetzt stehen wir zwingend vor dieser Sanierungsmaßnahme einschließlich eines notwendigen seitlichen Anbaus, um die Wohnsituation zu entspannen -hoffentlich auch für die anderen Anlieger. Auf Grund der vielen Krisenherde kommen vermehrt Flüchtlinge besonders aus dem christlichen Umfeld Syriens ins Land. Alle Kommunen sind verpflichtet, die ihnen zugewiesene Zahl aufzunehmen. Auch wir müssen dieser zutiefst menschlichen Verpflichtung nachkommen und ihnen eine Chance auf ein sicheres, auf ein neues Leben geben. Die Aufgabe der Verwaltung wird es sein, vorhandenen älteren städtischen Wohnraum soweit zu ertüchtigen, dass der Wohnraum in einem zumutbaren Zustand ist, um diese Familien darin aufzunehmen. Unser Fokus liegt dabei auf der Gebäudeauswahl in den Ortskernen, auch um Kontakte und Betreuung durch die Mitbürger zu ermöglichen und nicht auf dem optimalen Sanierungserfolg für die alten Häuser.

Gingen wir in unserer Haushaltsrede zu Beginn 2013 noch davon aus, dass die wichtigsten Großprojekte in Korntal entschieden wären, so sollte folgerichtig der Fokus 2014 auf der Ortskernsanierung Münchingen und dem Hochwasserschutz Lingwiesen liegen. Das war wohl teilweise Wunschdenken.

Der für die Münchinger Bevölkerung wichtige Gemeinderats-Beschluss vom März 2012 für die 3 möglichen Standorte für einen Vollsortimenter ist nach wie vor unangetastet. Begleitet vom Büro ISA wird inzwischen sogar über einen weiteren Standort nachgedacht.

Nach außen hat man jedoch eher den Eindruck, dass der Sanierungs-Schwerpunkt auf dem Ausbau von Scheunen und deren Umwandlung in Wohnraum liegt. Die Freien Wähler sehen aber den dringenden Wunsch der Bürger nach der notwendigen Infrastruktur im tatsächlichen Ortskern und als weitere Aufgabe die Sanierung des historischen Ortskerns.

Für den historischen Teil wurde mit der Gestaltungssatzung eine Weichenstellung für ein ansprechendes Ortsbild geschaffen. Neben der Fassadenplanung wünschen sich die Bürger dort vor allem Begehbarkeit und Erlebbarkeit.

Haben wir 2013 mit einem Haushaltsantrag noch für eine Erhöhung der Grunderwerbsmittel für den Ortskern Münchingen plädiert, so müssen wir erkennen, dass selbst die bereitgestellten Mittel von 0,5 Mio. € dafür nicht ausgeschöpft wurden.

Für den gesamten Ortskern Münchingen sind in der mittelfristigen Planung in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt lediglich 1,7 Mio. € einplant. Das wird bis 2018 also ein ziemlich kleiner Ortskern in Münchingen werden.

Aus dem für Münchingen wünschenswerten Mehrgenerationen-Haus am Spitalhof ist leider nichts geworden. Die Chance für dieses wichtige soziale Infrastrukturprojekt wurde aus Sicht der Freien Wähler vertan. Im Februar 2013 hatten wir bei den Haushalts-Beratungen noch den Kauf eines barrierefreien öffentlichen Gemeinschaftsraums in diesem Haus beantragt.

Mit der Ablehnung durch das Gremium wurde auch diese letzte Chance verspielt. Jetzt kommt ein Bauträger zum Zuge, der rein kommerzielle Verkaufsziele verfolgt. Das war nicht die Zielsetzung des Gemeinderats beim Baubeschluss für das kleine Gebiet „Spitalhof“.

Für das Mehrgenerationen-Haus in Korntal wurde noch vor der Sommerpause 2013 eine Sondersitzung des Gemeinderats einberufen. Bis jetzt kann man allerdings noch keine Bauaktivitäten auf dem Baugrund erkennen, während am Spitalhof bereits die ersten Häuser im Rohbau stehen.

Am Hochwasserschutz für das Industriegebiet Lingwiesen und für eine bessere Entlastung des Ortsteils Kallenberg wird zwischenzeitlich mit Hochdruck gearbeitet.

Die Freien Wähler haben zum Haushalt 2014 beantragt, das Oberflächenwasser aus dem Ortsteil Kallenberg separiert in einem offenen renaturierten Graben direkt ins Regenrückhaltebecken Lingwiesen einzuleiten, wodurch die geplante kostspielige Notentlastung des bestehenden Kanals entfallen könnte.

Wir haben mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes begonnen, welcher die Weichen für Wohnen, Gewerbe und Naherholung in den nächsten 20 Jahren festlegt. Dies wird viel Zeit, Kraft und Sorgfalt für die Abwägungen im Gemeinderat erfordern.

Der stadtplanerische Schwerpunkt in Münchingen lag 2013 aber wohl eher auf der Industrieansiedlung an der Kornwestheimer Straße, an welchem wir kontinuierlich und planmäßig arbeiten. Es sind die letzten freien Flächen für Gewerbeansiedlung, welche uns momentan noch zur Verfügung stehen.

Der Verband der Region Stuttgart plant entlang der A 81 die Ausweisung eines Regionalen Gewerbe- und Industriestandorts.

Wegen der optimalen Verkehrsanbindung erscheint dort Korntal-Münchingen als möglicher Standort. Die Region erwartet vom Gemeinderat demnächst die Entscheidung, ob wir weiteren Überlegungen dazu näher treten möchten.

Während wir uns mit der Erstellung eines Lärmaktionsplans beschäftigen, müssen wir bei den größten Lärmquellen in unserer Stadt- das sind Autobahn, Bundesstraße und Eisenbahn- erkennen, dass unser Handlungsspielraum mangels Zuständigkeit und fehlender finanzieller Möglichkeiten begrenzt ist.

Am Ende bleibt uns „strikt überwacht Tempo 30 in den Stadtteilen“, während hinter unserer Haustüre die LKWs vorbeibrausen! Dafür bekommen wir aus Brüssel die schriftliche Bestätigung, dass es in unserer Stadt an manchen Stellen zu laut ist. Die Lärmbelästigung der Anwohner durch B 10 und A 81 ist schon extrem hoch und eine weitere Zunahme ist nur schwer vorstellbar. Käme ein regionaler Gewerbeschwerpunkt Müllerheim in die weitere Diskussion, wird vom

Regierungspräsidium in diesem Zusammenhang eine bessere Anbindung der Gewerbegebiete an die B10 in Aussicht gestellt, wodurch sich die aktuelle Belastung an der jetzigen Kreuzung Müllerheim und der Tampoprint-Kreuzung reduzieren könnte.

Im ÖPNV wird die Strohäubahn von den Bürgern gut angenommen. Die Fahrgastzahlen steigen. Erstaunlich, dass gleichzeitig auch der Betriebskostenzuschuss steigt.

Mit Sorge beobachten wir die große zeitliche Verzögerung bei der Planung und Erstellung des Werkstatt-Gebäudes einschließlich der wachsenden Kosten, welche uns zudem durch verschiedentliche Forderungen auferlegt werden und welche unseren Haushalt zusätzlich belasten werden.

Unklar ist auch, wie es zu den stark gestiegenen Ausgaben für die Busanbindungen unserer Kommune kommt. Das sind Kosten der Region, welche offensichtlich gerne an uns weiterleitet werden.

Für die Freien Wähler ist es nicht nachvollziehbar, warum die Stadt unsere Stromleitungen vom landeseigenen Versorger EnBW für 3 Mio. € zurückkaufen will, nur um angeblichen Gestaltungsspielraum für eine ökologische Planung unseres Netzes zu bekommen, während uns der finanzielle Gestaltungsspielraum dadurch komplett verloren geht.

Tatsächlich wird das Netz – genau wie bisher- auch weiterhin von der EnBW betrieben.

Bisher haben wir auch noch kein belastbares Konzept für eine bessere oder gar erfolgreichere Nutzung des Leitungsnetzes. Das heißt: Wir haben für 3 Mio. € ein Netz „auf Halde“ und auf Kredit gekauft. Ein wichtiger Grund, warum die Freien Wähler gegen den Kauf des Stromnetzes stimmten.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Mit Blick auf 2014 haben wir formal einen ausgewogenen Haushalt, weshalb wir der Haushaltssatzung 2014 zustimmen könnten.

Wegen der damit verbundenen Zustimmung für den Kauf des Stromnetzes enthalten sich die Freien Wähler beim Haushaltsbeschluss 2014.

In der mittelfristigen Finanzplanung werden ab 2015 die angesprochenen Finanzprobleme aber sehr deutlich, sobald die Sanierung des Gymnasiums und weitere finanzwirksame Ausgaben beginnen. Ab diesem Zeitpunkt werden dann bis 2017 die Rücklagen um 11 Mio. € auf das gesetzliche Minimum von 1,1 Mio. € abnehmen und die geplante Verschuldung wird auf knapp 19 Mio. € ansteigen. In dieser Entwicklung sehen wir mittelfristig keine Perspektive.

Hier müssen Veränderungen, Einsparungen und Entzerrungen greifen, auch damit wir die notwendigen Tilgungsraten für die Haushalte 2015 und 2017 haushaltskonform aufbringen können.

Weil wir die mittelfristige Finanzplanung in der vorliegenden Form nicht mittragen können, enthalten sich die Freien Wähler auch bei der Finanzplanung 2014-2017.

Angesichts unseres strukturellen Defizits, der sich auftürmenden Verpflichtungen, dem hohen Sanierungsstau für unsere Gebäude und der kontinuierlich steigenden

Schuldenlast unserer Stadt, welche Ende 2017 bei knapp 19 Mio. € angelangt sein könnte, stellt sich schon die Frage, wie wir diesem Szenario erfolgreich begegnen wollen.

Was von unserer Seite leistbar war, haben wir im Sinne des Allgemeinwohls getan. So haben die Freien Wähler bei den Haushalts-Beratungen konsequenterweise gegen den weiteren Stellenaufbau in der Kernverwaltung gestimmt.

Bei den Investitionen und Gebäuden müssen wir uns auf das Notwendigste und vor allem auf das Leistbare beschränken. Das wird schmerzhaft werden, weil wir uns aus der Vergangenheit an einen sehr hohen Standard gewöhnt haben.

Wenn unser Schuldenberg tatsächlich so anwächst, wie dies in der mittelfristigen Finanzplanung aufgezeigt wird, dann werden unsere Mittel künftig nicht mehr ausreichen, um die anfallenden und notwendigen Instandsetzungsarbeiten der bestehenden Infrastruktur zu bezahlen.

Wir brauchen in unserer Stadt Mut und eine bessere Haushaltsdisziplin.

Die Freien Wähler haben beides!

Für die Fraktion der Freien Wähler

Dr. Otto Koblinger

Fraktionsvorsitzender

PS.: Die Zahlenangaben erfolgen auf Basis der veröffentlichten Haushaltsrede der Verwaltung sowie deren graphische Darstellung auf der Homepage der Stadt.

Dr. Otto Koblinger Marianne Neuffer Wolfgang Anton Anne Föhl-Müller

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushalt 2014 der Stadt Korntal-Münchingen

Sehr geehrter Herr Dr. Wolf, sehr geehrte Herren Amtsleiter, liebe Frau Neuhöfer, liebe Frau Widmann, liebe Kollegen, verehrte Zuhörer,

die Haushaltsberatungen und die heutige Verabschiedung des Haushalts, sind Bestandsaufnahme, Vorschau und Rückblick.

Wie in den letzten Jahren haben wir in vielen regulären, aber auch in Sondersitzungen, Entscheidungen getroffen, die auf die Entwicklung und Attraktivität der Stadt Korntal-Münchingen erheblichen Einfluss haben.

Lag in den vergangenen Jahren unser Schwerpunkt auf dem Ausbau der Kinderbetreuung, so beginnen wir jetzt uns den Ortsmitten der beiden großen Stadtteile zu widmen. Die finanzielle Situation der Stadt Korntal-Münchingen sieht nicht rosig aus, und bleibt weiterhin angespannt, eine Besserung ist in den nächsten Jahren nicht in Sicht. Unser Haushalt weist ein strukturelles Defizit auf.

Es stehen immer noch große Projekte an, und laut mittelfristiger Finanzplanung planen wir mit einer zu hohen Neuaufnahme von Schulden.

Aber, wir werden heute die aktuellen Ausgaben hier im Gremium beschließen und müssen dafür die Konsequenzen tragen.

Es bleibt bei der hehren Aufgabe, den Haushalt zu konsolidieren, immer wieder alle Ausgaben unter die Lupe nehmen und die Einnahmesituation verbessern.

Zur Haushaltskonsolidierung sollte nach unserer Überzeugung die Veräußerung eines Teils der städtischen Liegenschaften beitragen.

Mehr als die Hälfte der beeinflussbaren städtischen Aufgaben stellen die Personalkosten dar. Die größte Steigerung der Personalausgaben liegt immer noch im sozialen Bereich, auf Grund des Ausbaus der Kleinkinderbetreuung, eine Änderung werden und wollen wir auf Sicht nicht erreichen können.

Mittelfristig übernehmen der Bund und das Land einen Großteil der anfallenden Betreuungskosten im Kleinkindbereich. Trotzdem bleibt noch ein erklecklicher Teil an uns hängen, weil die Landesregierung zwar vollmundig eine finanzielle Beteiligung angekündigt hat, diese aber erst mit Wirkung für die Zukunft umsetzt.

Also müssen wir nach neuen Einnahmequellen suchen.

Eine Möglichkeit besteht in der Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Der Verband Region Stuttgart favorisiert eine Fläche auf unserer Gemarkung, nördlich von Müllerheim. Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang in Korntal-Münchingen ein weiteres Gewerbegebiet ausgewiesen wird, obliegt einzig und allein dem Gemeinderat. Es gilt das Für und Wider abzuwägen um eine sinnvolle Entwicklung zu erreichen.

Und wenn die Ludwigsburger Kreiszeitung titelt „Landrat macht sich unbeliebt bei der FDP“, dann ist das kein Unbeliebt machen, sondern das Verschließen der Augen vor der Realität, wenn er gegen das Gewerbegebiet ist.

Es wandern jetzt schon Unternehmen ab. Schließlich gehen ein Drittel unserer Gewerbesteuererinnahmen direkt als Umlage an den Landkreis.

Eine gute Einnahme, ohne selbst über die Ausweisung von Gewerbegebieten oder anderen Einnahmequellen nachzudenken. Und wenn das Geld nicht reicht, wird eben die Kreisumlage erhöht. Verwaltung und Gemeinderat der Stadt Korntal-Münchingen werden die Entscheidung nach Abwägung aller Argumente verantwortungsvoll treffen. Der Landkreis Ludwigsburg hat in den Jahren Mai 2011 bis Juni 2013 eine Steigerung der Einwohnerzahlen zu verzeichnen. Der Grund dafür ist u.a., dass Arbeitsplätze vorhanden sind, und Unternehmen investieren.

Das Wohl und Wehe unserer Stadt hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Region Stuttgart ab. Zu diesem Wohl müssen alle Städte und Gemeinden etwas beitragen. Auch deshalb müssen wir ernsthaft in Erwägung ziehen, eine Fläche für Gewerbe bereit zu stellen.

Zum Einen haben die Unternehmen, die bereits in Korntal-Münchingen ansässig sind einen Bedarf, der gedeckt werden muss, zum Anderen benötigen wir neue Unternehmen und Gewerbesteuerzahler.

Die Entscheidung an wen wir die Flächen verkaufen, liegt dabei in unserer Hand.

Maschinen und Fahrzeugbau spielen in unserer Region eine große Rolle.

Doch allein auf sie zu setzen wäre falsch.

Unsere Wirtschaftsförderung muss auch auf die Entwicklung und Ansiedlung junger und innovativer Branchen zielen. Umwelttechnik, Biotechnologie, Elektrotechnik und Speichertechnologien sind zukunftssträchtige Bereiche.

Auch unsere Freiwilligkeitsleistungen müssen finanziert werden.

Ohne Wachstum stagnieren unsere Steuereinnahmen, während die Ausgaben stets zunehmen. Der Gemeinderat muss dann schmerzhaft Entscheidungen treffen.

Zum Wachstum gehört nicht nur, mehr Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen, auch Wohnraum muss in ausreichenden Maß vorhanden sein.

Seit vielen Jahren haben dafür plädiert, die im Regional- und Flächennutzungsplan zur Wohnbebauung ausgewiesene Fläche Korntal- West in Angriff zu nehmen.

Wir stehen der Wohnbebauung dort immer noch aufgeschlossen gegenüber und freuen uns, dass es auch hier voran geht, denn der Wohnungsmarkt ist eng.

Es besteht eine erhebliche Nachfrage nach Wohnraum, in der Region Stuttgart und eben auch in Korntal-Münchingen, insbesondere im Stadtteil Korntal.

Auch Korntal-Münchingen steht mit anderen Kommunen im Wettbewerb um die Ansiedlung junger Familien. Unternehmen unserer Stadt beschäftigen Mitarbeiter, die einen langen Anfahrtsweg haben, und händeringend Wohnraum vor Ort suchen.

Aber es kommt bei der Entwicklung von Korntal- West entscheidend darauf an, dass eine qualitativ hochwertige, ökologisch nachhaltige Wohnbebauung entsteht, die dem angrenzenden Gartenstadtcharakter gerecht wird. Wie aus den Veröffentlichungen des Baden-Württembergischen Gemeindetags zu entnehmen ist, steigt die Nachfrage nach Wohnraum nicht nur durch Zuwanderung, sondern auch durch die steigende Zahl kleinerer Haushalte und einer Vergrößerung der pro Kopf-Wohnfläche. Durch den Bevölkerungszuwachs steigt auch unser Anteil an der Einkommensteuer, die zweite tragende Säule der uns zustehenden Steuern.

Wir setzen jedoch nicht nur auf Neubaugebiete, sondern behalten auch die Innenentwicklung im Auge. Insbesondere im Stadtteil Münchingen gibt es noch beachtliche innerstädtische Brachflächen, die es zu entwickeln gilt. Innenentwicklung ist ein Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Der Vorrang der Innenentwicklung ist eine schwierige kommunale Aufgabe die sich über einen langen Zeitraum erstreckt.

Für die Grundversorgung unserer Bevölkerung benötigen wir in beiden Stadtteilen neue und attraktive Standorte für Vollsortimenter. Im Stadtteil Korntal ist, sozusagen der Grundstein für die Ansiedlung eines Vollsortimenters gelegt. Im Sommer wird die Goerdelerstrasse verlegt und anschließend mit dem Bau des Wohn- und Geschäftshauses, nach unseren Vorgaben begonnen.

Etwas Magenschmerzen haben wir, ob der Massivität und Größe des Bauwerks, aber entscheidend ist, dass der Vollsortimenter in der Stadtmitte verbleibt und nicht an den Stadtrand verlegt wird. Im Stadtteil Münchingen sind wir noch nicht soweit, uns ist die Dringlichkeit aber bewusst. Wir stehen diesbezüglich voll hinter den Bemühungen seitens der Stadtverwaltung.

Mit der Beauftragung des Büros ISA, die eine Gestaltungs- und Erhaltungssatzung für den Ortskern Münchingen erstellen, kommen wir auch hier voran.

Das Büro ISA befasst sich jedoch nur mit den Gebäuden, unabhängig davon geht es mit der Straßenraumsanierung weiter. Dabei freuen wir uns, dass die Markgröningerstrasse umgebaut wird.

Ebenso kann bald mit der Bautätigkeit auf dem Bahnhofsareal in Korntal begonnen werden. Entgegen unserer Meinung, ist dort auch Wohnbebauung vorgesehen.

Wir bleiben gespannt, wie die Lärmproblematik im Einzelnen gelöst wird.

Wir haben in unserer Stadt schon zu viele Bürger, deren Gesundheit durch Lärm belastet ist. Es wurde grundsätzlich eine ausgewogene und ansprechende städtebauliche Lösung gefunden.

Noch haben wir einen ausgewogenen Branchenmix, aber es schließen Geschäfte.

Vor dieser Entwicklung können wir nicht die Augen verschließen.

Die Stadt, der Gemeinderat und der Wirtschaftsförderer müssen, auch unter Einbeziehung der gewerbetreibenden Vereine, ein Leerstandsmanagement betreiben. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung müssen wir eine

wohnnortnahe Versorgung auch in Zukunft gewährleisten, um die Attraktivität unserer Stadt als Wohn- und Lebensort langfristig aufrecht zu erhalten.

Die Bedürfnisse der Senioren dürfen wir dabei nicht aus den Augen verlieren.

Ein Umdenken oder Neudenken bei der Versorgung älterer Bürger mit Wohnraum wird auch in Zukunft unumgänglich sein.

Umso wichtiger ist, dass mit dem Mehrgenerationenhaus auf dem ehemaligen Pfizer-Areal bald begonnen werden kann.

Nicht nur für den Wohnungsbau werden Flächen verbraucht, auch der gewünschte und für die Energiewende erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien wird nicht ohne zusätzlichen Flächenverbrauch zu verwirklichen sein.

Wir haben in den letzten Jahren viel Geld in den Ausbau der

Kinderbetreuungsangebote investiert, die Folge- und Unterhaltskosten werden den Haushalt auch in Zukunft belasten, aber unsere gut ausgebaute Kinderbetreuung ist es uns wert. Nicht nur der Ausbau der Kinderbetreuung ist wichtig, wir müssen auch weiterhin unser Augenmerk auf flexible und passgenaue Betreuungsangebote legen.

Wir sind stolz, in unserer Stadt Betreuungsangebote dieser Qualität vorhalten zu können. Familien orientieren sich bei der Wohn- und Arbeitsplatzwahl zunehmend an qualifizierten Betreuungsangeboten für ihre Kinder. Moderne Betreuungsangebote für Kleinkinder und die gesicherte Nachmittagsbetreuung in der Schulzeit sind wichtige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Entscheidend bei der Weiterentwicklung der Grundschule sind für uns einerseits die Qualität der Betreuung und andererseits die Wahlfreiheit.

Sowohl in Korntal, als auch in Münchingen müssen nach unserer Auffassung in Grundschulbereich sowohl Halbtagesangebote, als auch weitergehende Betreuungsangebote gegeben sein. Verpflichtende Einheitsangebote auf niedrigem Niveau lehnen wir ab. Aber was nützt der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, was nützt es, dass die Plätze, zumindest anfangs tatsächlich zur Verfügung stehen, wenn uns die Fachkräfte fehlen. Ob eine zeitlich befristete Lockerung der bestehenden Standards hilfreich ist, wie es Gemeinde- und Städtetag vorschlagen, darf mir einem Fragezeichen versehen werden. Wir denken eher, dass dem Mangel mit einer Erhöhung der Vergütung begegnet werden kann.

Aber auch unserm Ruf Schulstadt zu sein, tragen wir Rechnung.

Wir haben in unserer Stadt alle Schulformen und möchten dies auch gerne so beibehalten, obwohl sich die Anmeldezahlen für die Werkrealschule negativ entwickeln.

Am Ende des Tages müssen wir jedoch bei einem weiteren Ausbluten der Werkrealschule handeln. Dabei können wir uns in der Zukunft an der Flattichschule eine Dependenz der Realschule vorstellen.

Neben Neubauten, Erweiterungen und energetischen Sanierungen steht die Sanierung des Gymnasiums immer noch auf unserer Agenda.

Die geplante Generalsanierung des Gymnasiums musste leider wieder um ein Jahr verschoben werden. Wir werden uns aber laufend über den aktuellen Fortgang unterrichten lassen. Eine weitere Verzögerung können und werden wir nicht in Kauf nehmen.

Eine weitere städtische Pflichtaufgabe ist unsere Freiwillige Feuerwehr.

Mit dem aktuellen Feuerwehrbedarfsplan haben wir ein Papier in der Hand, mit dem wir konkret planen können, obwohl auch das mit hohen Kosten verbunden ist.

Das neue Fahrzeug ist bereits geliefert, und wird noch im Frühjahr offiziell übergeben. Wir stellen unseren Kammeraden, die Kosten natürlich immer im Blick, die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung. Schließlich arbeitet unsere Feuerwehr ehrenamtlich für den Schutz und die Rettung der Bevölkerung.

Dafür bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion.

Alle Pflichten, die wir zu erfüllen haben. Wir leisten uns aber auch einen Großteil an Freiwilligenleistungen. Von der Musik- und der Volkshochschule bis hin zur Vereinsförderung, geben wir für diese Leistungen rund 4,5 Mio Euro im Jahr aus. Wir stellen diese Beträge gerne zur Verfügung.

Aber, und hier komme ich wieder zu den Steuereinnahmen, das geht nur mit einer florierenden Wirtschaft.

Nicht unerwähnt bleiben darf, das hohe ehrenamtliche Engagement, welches in unserer Stadt von vielen Bürgern geleistet wird.

Eine Vielzahl von Beispielen könnte man hier nennen. Ohne dieses Engagement wären viele Dinge nicht möglich, im sportlichen, musikalischen und sozialen Bereich.

Ein immer noch aktuelles Beispiel ist das Zukunftskonzept Korntal-Münchingen.

In vielen Bereichen engagieren sich interessierte Bürger um die Zukunft und das Wohl der Stadt. Die Maßnahmen wurden in einem Papier zusammengefasst und gehen jetzt in die Umsetzung, soweit dies möglich ist. Die einzelnen Maßnahmen werden jedoch erst dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das Zukunftskonzept lässt eine hohe Bürgerbeteiligung zu.

Trotzdem halten wir an unserer repräsentativen Demokratie fest.

Die Erfüllung der kommunalen Aufgaben muss schwerpunktmäßig bei den kontinuierlich arbeitenden Repräsentativorganen bleiben.

Denn nur dann ist auch gewährleistet, dass die Übernahme eines ehrenamtlichen Mandats in den Städten und Gemeinden und damit die Mitwirkung am kommunalpolitischen Geschehen qualitativ hoch und attraktiv bleiben. Das Schicksal der kommunalen Selbstverwaltung hängt in Zukunft wesentlich davon ab, dass genügend Bürger in unserer Stadt leben, die die kommunale Sache zu ihrer eigenen Sache machen.

In den letzten Jahren haben wir viel geplant, beraten und entschieden.

Sie, Herr Dr. Wolf, haben uns gut strukturierte Beratungsunterlagen vorgelegt.

Die Ergebnisse unserer Entscheidungen sind in der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen worden. In den nächsten Monaten werden die Bürger die Resultate sehen. Zum Beispiel geht es in der Stadtmitte in Korntal mit der Ansiedlung des Vollsortimenters jetzt los. Mit viel Umsicht und Sachverstand gehen Sie die verschiedenen Projekte an, auch die, die teilweise schon seit Jahren in der Schublade gelegen haben.

Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich für die ausgesprochen gute und faire Zusammenarbeit, die immer von gegenseitigem Respekt geprägt ist, auch wenn wir in der Sache manchmal unterschiedlicher Meinung waren und es auch sind.

Es liegt nicht nur ein Haushaltsjahr hinter uns, sondern eine ganze Legislaturperiode und am 25. Mai werden, wie es Kollege Hönes, letztens sagte, die Pferde gewechselt. Die Zusammensetzung des Gemeinderates wird sich ändern.

Ich danke allen Kollegen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und wünsche Ihnen und uns alles Gute für die anstehenden Wahlen und die darauf folgende Arbeit.

Vielen Dank auch den Damen und Herren Fachbereichsleiter.

Wir danken Ihnen, Herr Gerlach und Ihrem Stellvertreter Herrn Leonhardt, für die Erstellung des Haushalts und für die Umsicht mit der Sie die Planungen angehen und für Ihren vorsichtigen Optimismus.

Wir nehmen die mittelfristige Finanzplanung zur Kenntnis.

Dem Haushaltsplan für das Jahr 2014 stimmen wir zu.

Für die FDP-Fraktion

Viola Noack
Fraktionsvorsitzende